



Jahreskarte für 228 Euro – ein voller Erfolg!

FAHRGÄSTEREKORD BEI GRAZ LINIEN

Seite 2-3



Der Einsatz von Elke Kahr und der Grazer KPÖ für niedrigere Tarife beim Öffentlichen Verkehr hat sich gelohnt: Noch nie haben so viele Menschen in Graz Öffentliche Verkehrsmittel genutzt!

Von den ermäßigten Jahreskarten wurden mittlerweile schon über 35.000 verkauft. Gut für die Umwelt und eine echte Entlastung der Fahrgäste. Die Jahreskarte für 228 statt 399 Euro war eine der Bedingungen für die Zustimmung der KPÖ zum Graz-Budget.

ZITIERT

„Die wirklich teuren Flüchtlinge sind die Steuerflüchtlinge.“

Sahra Wagenknecht, 24. September 2015 im deutschen Bundestag

„Nein, liebe KPÖ, eurem Antrag auf Begrenzung der Politikergehälter werden wir nicht zustimmen.“

FPÖ-Klubobmann Mario Kunasek in der Budget-Landtags-sitzung am 15. Dezember 2015

„Eine einfach nur tolle und mehr als nachahmenswerte Aktion, die mittlerweile schon auf eine stolze Tradition zurückblicken kann.“ Über den Tag der offenen Konten der KPÖ, WOCHEnline, 28. Dezember, 2015



„Wahre Solidarität ist mehr als die Münze, die man dem Bettler hinwirft, sie ist nicht zufällig und gedankenlos. Sie kommt zu der Einsicht, dass ein Land, das Bettler hervorbringt, umgebaut werden muss.“ Martin Luther King

„Mit Schönegger und Nagls langjähriger engster Beraterin und Ex-Agentur-Chefin sitzt de facto die gesamte VP-Graz auf der Anklagebank. Ein Schuldspruch wäre wohl das Ende von Nagls Karriere.“ Steirerkrone zur Grazer Parteispendenaffäre, 16. Dezember 2015

„Jede Krise ist aus Brüsseler Sicht auch eine Chance, noch mehr Macht an sich zu reißen und die EU zu einem bürokratischen, demokratisch kaum kontrollierten Überstaat auszubauen.“ Eric Bronse, Telepolis, 28. Dezember 2015

RAT UND HILFE

Mieterschutzverband

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

www.mieterschutzverband.at

KOMPETENZ IN MIETERSCHUTZ

Versprochen und gehalten:

Die Grazer Jahreskarte

Am Anfang stand der gemeinsame Beschluss von ÖVP, KPÖ und SPÖ über das Grazer Stadtbudget 2015/2016. Darin enthalten war die verbilligte Jahreskarte für Grazerinnen und Grazer um 228 Euro. Das Angebot wurde zur Erfolgsgeschichte. Stadträtin Elke Kahr: „Wir werden alles dafür tun, dass diese Jahreskarte auch in Zukunft angeboten wird.“

Im Jahr 2014 verzeichneten die Graz Linien 14.000 verkaufte Jahreskarten zum Preis von 399 Euro. Mit Ende Dezember 2015 konnte man bereits 35.000 verkaufte Jahreskarten um 228 Euro vermelden. Das neue Angebot hat sich auch positiv auf die Fahrgastzahlen ausgewirkt. Bis Ende 2015 zählte man 114 Millionen Fahrgäste, ein Plus von 6,4 Prozent.

Stadträtin Elke Kahr: „Günstigere Öffi-Tarife sind eine Forderung, die wir schon seit vielen Jahren stellen. Bei den Verhandlungen über das Budget 2015/16 hat sich die Möglichkeit ergeben, die Jahreskarte um 228 Euro zu verwirklichen. Der gemeinsame Beschluss des Budgets von ÖVP, KPÖ und SPÖ gegen die Stimmen von FP und Grünen hat sich ausgezahlt. Leider gibt es auf Landesebene und beim Verkehrsverbund bisher kein Umdenken.“

Günstigen Tarif sichern

Mit 1. Juli 2016 steht eine Erhöhung der Verbundtarife bevor. Wir müssen alles dafür tun, dass der Preis der Jahreskarte auch danach nicht angehoben wird. Außerdem ist die Weiterführung der Grazer Jahreskarte eine Bedingung dafür, dass wir einem Stadtbudget 2017 zustimmen können.“

Wichtig ist es jetzt, das Öffi-Angebot in Graz zu verbessern, damit die gestiegenen Fahrgastzahlen auch bewältigt werden können.

Auch auf anderen Gebieten hat sich der Einfluss der KPÖ positiv ausgewirkt. Kanal- und Müllgebühren sind 2015 und 2016 nicht erhöht worden. Die von ÖVP, SPÖ und FP beschlossenen automatischen Anhebungen dieser Tarife wurden ausgesetzt. Auch die Parteienförderung wurde leicht gekürzt. Das Programm zum Ankauf von Grundstücken für neue Ge-



Foto: Pia Schmickl

Schnell, sicher und kostengünstig:

meindwohnungen kommt voran.

Elke Kahr: „Die Richtung der Politik haben wir nicht ändern können. Wir haben aber einige Verbesserungen für die Bevölkerung erreicht. Auf diesem Weg wollen wir weiter gehen.“



Schon 35.000 Grazer Jahreskarten um 228 Euro wurden verkauft. Die Verbilligung war eine langjährige Forderung der KPÖ nach Tarif- und Gebührenstopp. Mit dem aktuellen Grazer Budget wurde die günstigere Jahreskarte endlich umgesetzt.

um 228 Euro



Die beste Möglichkeit der Fortbewegung im städtischen Raum.

Kirchnerkaserne: Gelände für Stadt sichern!

Wohnen auf Kasernengrund: Seit mehr als 10 Jahren setzt sich die KPÖ dafür ein, aufgelassene Kasernengründe für kommunalen Wohnbau zu nutzen.



Einstimmig haben KPÖ, ÖVP, SPÖ und Grüne im Bezirksrat Jakomini die Stadt Graz aufgefordert, eine Informationsveranstaltung betreffend Kirchnerkaserne durchzuführen. Die Menschen in der Schönausiedlung haben ein Recht auf Information und Mitsprache! Die KPÖ hat mehrmals, zuletzt 2014 im Gemeinderat, den Kauf der Kirchnerkaserne gefor-

dert. Der Antrag wurde **einstimmig** beschlossen.

Nach wie vor stehen der Bürgermeister und alle Parteien hinter dem Vorhaben dieses Grundstück, für die Bevölkerung in Jakomini zu sichern. Derzeit wird alles unternommen, die Flächen zu erwerben. Dazu wird es eine Informationsveranstaltung geben.



MEINE MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr

Wer zahlt das Murkraftwerk?

Liebe Grazerin! Lieber Grazer!

Die geplante Staustufe Puntigam bringt große Probleme mit sich: von einer Verschlechterung der Wasser- und Luftqualität, dem Verlust von etwa 8.000 Bäumen bis hin zur Vernichtung zahlreicher Pflanzenarten, Fische und Kleinlebewesen in der Stadt. Darauf haben wir in den letzten Jahren immer wieder hingewiesen.

Um das Murkraftwerksprojekt durchzusetzen, haben die Verantwortlichen von der Energiewirtschaft sehr viel Geld in die Hand genommen. Vom Strommangel als Bedrohungsszenario bis zum Freizeitpark mit Bademöglichkeiten rund um den Stausee wurden alle Register gezogen, um die Bevölkerung für das Murkraftwerk zu gewinnen. Damals hat die Energiewirtschaft auf steigende Strompreise und damit hohe Profite gesetzt. Eine vom WWF und der Bürgerinitiative Rettet die Mur in Auftrag gegebene Studie zeigt nun auf, dass die Wirtschaft-

lichkeit des Kraftwerks äußerst zweifelhaft ist. Aufgrund der hohen Investitionskosten von 110 Millionen Euro könnte die EStAG selbst nach 50 Jahren noch auf einem Minus von 47 Millionen sitzen bleiben.

Der Druck, das Kraftwerk trotzdem zu bauen, bleibt hoch. Er kommt von der Wirtschaft, von Industriellenvereinigung und Unternehmen, die sich hohe Förderungen vom Bau des Kraftwerks versprechen. Zahlen müsste das Defizit am Ende die Allgemeinheit: über eine massive Neuverschuldung bzw. über geschmalzene Strompreise.

Das Kraftwerk ist weder ökologisch noch wirtschaftlich vertretbar. Das Märchen, dass die Grazerinnen und Grazer keinen Strom hätten, wenn das Kraftwerk nicht gebaut wird, wurde ohnehin nicht ernst genommen. Die KPÖ wird sich weiterhin gegen das Kraftwerk stark machen.

Ihre Stadträtin Elke Kahr
Tel. 0316 / 872-20 60

KLEIN, aber MIT BISS



Manche reden von einer Obergrenze für Flüchtlinge. Warum fordern diese Leute nicht eine Obergrenze für Arbeitslosigkeit?

AUS DEM INHALT

Tag der offenen Konten	4
Sozial-Richtsätze.....	5
Deja vu: Bernhard L.....	6/7
Puchrad – eine Grazer Marke	8
Steuerreform und Pflegegeld	9
Eine Zielpunkt-Mitarbeiterin erzählt	10
Nagl-Projekt scheitert	11
Aus dem Grazer Gemeinderat und den Stadtbezirken	12-13
Spielsucht, Impressum	17
Frieden und Neutralität.....	18
Unterschriftenaktion	20
Ankündigungen, Rätsel.....	20-23

Für eine Politik, die nicht abkassiert

Tag der offenen Konten

Während die Arbeitslosigkeit steigt und die Einkommen schwächeln, gibts für Politiker fette Gagen. Die KPÖ geht einen anderen Weg.

Ende 2015 legten die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr und die KPÖ-Landtagsabgeordneten die Verwendung ihrer Gehälter des Jahres 2015 offen. Sie haben mit 123.800 Euro 1.077 Menschen in Notlagen unterstützt.

Insgesamt wurden bisher 1.712.984 Euro an 12.644 Familien und Personen ausbezahlt.

Auf eine halbe Million verzichtet

Seit Ernest Kaltenegger 1998 Stadtrat in Graz wurde, gilt bei der KPÖ, dass ein Großteil der Bezüge für in Not geratene Menschen verwendet wird. „Als ich das erste Stadtratsgehalt auf mein Konto bekommen habe, wurde mir erst so richtig bewusst, wie viel das ist“, erinnert sich Wohnungsstadträtin Elke Kahr an die Anfangszeit ihrer Funktion als Stadträtin. „Mehr als 5000 Euro jeden Monat bekommt

ein Stadtrat in Graz netto ausbezahlt. Alle drei Monate sind sogar 10.000 Euro – das ist so viel, wie manche das ganze Jahr nicht haben, obwohl sie genauso viel arbeiten“, gibt sie zu bedenken.

Stadträtin Kahr verbuchte am 7. November 2005 die erste Unterstützungsausgabe in ihrem Kassabuch: 109,75 Euro für die Vergebührung eines Mietvertrages. Seither hat Elke Kahr von ihrem Gehalt 544.417,45 Euro an rund 5.600 Grazerinnen und Grazer spendet.

Nie abgehoben sein

„Wie es Menschen in Not geht, kann man nur verstehen, wenn sich der eigene Bezug nicht von jenem normaler Einkommensbezieher



Bei einer Pressekonferenz konnten die Medien Einsicht in die Verwendung des Geldes nehmen.

abhebt“, sagt Kahr. Von ihrem Nettogehalt von 5.631 Euro behält sie nur 1.800 Euro für sich. 55.447 Euro waren es im Jahr 2015, die Elke Kahr an Menschen, die sich hilfesuchend an die KPÖ gewandt haben, weitergegeben hat.

Gegenseitige Hilfe

Vor einer Notlage ist niemand gefeit. Betroffen sind junge und ältere Menschen gleichermaßen, oft infolge von Arbeitsplatzverlust, plötzlicher Erkrankung oder Trennung. Bewundernswert findet Elke Kahr, wie viele vom Schicksal hart getroffene Menschen ihr Los meistern. „Ich habe viele großartige Menschen getroffen, die anderen Mut machen können, Menschen, die sich unter schwierigsten Verhältnissen selbst beim Schopf packen und sagen, es geht weiter!“, so die Grazer Wohnungsstadträtin.

Nachhaltige Unterstützung

Finanzielle Unterstützungen machen nur einen kleinen Teil der Hilfestellungen im Büro von Elke Kahr aus. Gemeinsam mit ihrem

Team sucht sie nach nachhaltigen Lösungen für die vielfältigen Probleme der Betroffenen. Niemand soll ohne Hoffnung weggehen!

Dass die Soforthilfe vor dem Hintergrund der politischen Realität nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, weiß Elke Kahr: „Wir brauchen Arbeitsplätze, bezahlbare Wohnungen, Gehälter, von denen man leben kann“, sagt die Grazer Stadträtin. „Dafür steht unsere Politik. Aber wir wollen die Menschen nicht auf später vertrösten, sondern mit unserer tagtäglichen Hilfe unmittelbar für sie da sein.“

Tag der offenen Konten 2015:

Elke Kahr, Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg

Verwendungszweck	Betrag €
Unterstützung für Lebensbedarf, Gesundheit (Schulkosten, Bekleidung, Begräbniskosten, Heilbehelfe, Spitals- und Arztkosten, Bädergutscheine)	47.604,98
Wohnungssanierungen	2.466,52
Übernahme von Mieten und Rechtsanwaltskosten, um Delogierungen zu vermeiden	30.000,60
Strom- und Heizkosten	11.489,85
Möbel und E-Geräte	3.050,00
Kauttionen, Mietvertragsgebühren	16.894,01
Spenden	50,00
Finanzierung Mieternotruf	12.240,00
Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen	123.795,96
1077 unterstützte Personen	

Grazer Brutto-Politikerbezüge ab 1.1.2016

Bürgermeister Graz – Siegfried Nagl	13.461 €
Vizebürgermeisterin Graz – M. Schröck	11.291 €
Stadtrat / Stadträtin Graz	10.422 €
Gemeinderat / Gemeinderätin Graz	1.998 €

Mieternotruf
717108
www.kpoe-graz.at/mieternotruf

Auf keinen Menschen vergessen!

Elke Kahr. KPÖ

§§ RECHT GEFRAGT §§

Nachmieterin selbst gefunden: Wer zahlt den Makler?



von Mag. Alfred Strutzenberger,
Mietrechtsexperte im Büro
von Stadträtin Kahr.

Eine Situation wie sie in Studierendenkreisen öfter vorkommt: Sabine K. hat ihr Studium beendet und braucht ihre Wohnung nicht mehr. Sie kündigt sie und hat mit Sarah B. auch schon eine Nachmieterin gefunden. Sämtliche Fragen betreffend Möbelablässe und Wohnungsübergabe sind geklärt. Der Vermieter findet Sarah B. sympathisch und ist mit allem einverstanden. Für die Unterzeichnung des Mietvertrages wird sie zum Maklerbüro X geschickt, das vom Vermieter mit der Vermittlung der Wohnung beauftragt wurde. Dort unterzeichnet Sarah einen Mietvertrag, der sich von jenem ihrer Vormieterin nur durch ihren Namen, die Miethöhe sowie das Beginn- und Enddatum

unterscheidet. Dafür wird ihr vom Makler eine Provision in der Höhe von zwei Monatsmieten in Rechnung gestellt, die dieser später „kulanterweise“ auf eine Monatsmiete reduziert.

Recht ist nicht immer gerecht

In diesem Fall ist mangels Verdienstlichkeit des Maklers (Makler hat keine Leistung erbracht, die das Zustandekommen des Mietvertrages bewirkt hätte) überhaupt kein Provisionsanspruch gegeben. Das bloße Ausfüllen des Mietvertrages stellt keine Maklerleistung dar. Doch selbst wenn der Makler beispielweise ein Inserat für diese Wohnung geschaltet hätte und deshalb ein Provisionsanspruch

rechtlich denkbar wäre, stellt sich die Frage, ob dann diese „Leistung“ (=Inserat) des Maklers in diesem konkreten Fall eine Provisionszahlung der Mieterin rechtfertigt. Schließlich hätte Sarah nicht durch das Inserat des Maklers sondern durch ihre Vormieterin von der Wohnung erfahren.

Vermieter soll Provision zahlen

Die Lösung dieses Problems ist einfach. Nicht Sarah B. sondern der Vermieter hat den Makler beauftragt und soll daher auch dessen Provision zahlen!

Bundespräsidentenwahl: Ein gutes Geschäft



Im Frühjahr wird ein neuer Bundespräsident/präsidentin gewählt. Wer als Bundespräsident zur Wahl antreten kann, ist meist von vorneherein kein armer Mensch. Als Präsident/in hat er / sie ein Monatseinkommen von 24.321 Euro zu erwarten. Seit 1997 ist der Präsident der einzige Politiker, der einen Pensionsanspruch hat. Dabei sind die bisher bekannten Kandidaten für das höchste Amt im Staat schon jetzt hochdotierte Spitzenpensionisten.

Andreas Khol: 10.029 Euro brutto (14 Mal jährlich)
Alexander Van der Bellen: 7.958 Euro brutto (14 Mal jährlich)
Irmgard Griss: 9.008 Euro brutto (14 Mal jährlich)
Rudolf Hundstorfer ist noch nicht in Pension. Er bekommt als Minister 17.372 Euro brutto (14 Mal jährlich).



FRAGEN zum Wohnen in Graz:

Wenn Sie Fragen haben,
wenden Sie sich bitte an die
städtische Wohnungsinforma-
tionsstelle (Schillerplatz
4, Tel. 0316 / 872-5450)
oder an das Büro von Stadt-
rätin Elke Kahr (Rathaus 2,
Stock, Zi. 235, Tel. 0316 /
872-2062).

Pensionen – Ausgleichszulage

Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: ...€ 882,78
für Ehepaare, eingetragene Partnerschaften:€ 1.323,58
Erhöhung pro Kind:€ 136,21

Mindestsicherung

Alleinstehende und Alleinerzieher/innen:€ 837,76
Volljährige im gemeinsamen Haushalt.....: € 628,32
ab 3. volljährige Person:€ 418,88
1. bis 4. Kind:€ 159,17
ab dem 5. Kind:€ 192,68

Rezeptgebührenbefreiung

Bemessungsgrundlage (netto) orientiert sich an der Pensionen-Ausgleichszulage (siehe oben) Rezeptgebühr 2016: € 5,70/Medikament

Geringfügigkeitsgrenze € 415,72/Monat

Obergrenze für Rundfunk-Telefongebührenbefreiung/Telefonentgeltzuschuss (netto):

1 Person:€ 988,71
2 Personen:€ 1482,41
für jede zusätzliche Person im Haushalt: € 152,56

Familienbeihilfe

Bei einem Kind unter 3J: € 170,20;
über 3J: € 178,00, über 10J: € 197,20,
über 19J: € 220,40

Dieser Beitrag erhöht sich bei 2 Kindern jeweils um € 6,90, bei 3 um € 17, bei 4 um € 26, bei 5 um € 31,40, bei 6 um € 35, bei 7 um € 51. Im September zusätzlich € 100,- für Kinder zw. 6 und 15 Jahren; für erheblich behinderte Kinder kann die erhöhte Familienbeihilfe beantragt werden.

Pflegegeld:

Stufe 1:€ 157,30
Stufe 2:€ 290,00
Stufe 3:€ 451,80
Stufe 4:€ 677,60
Stufe 5:€ 920,30
Stufe 6: ...€ 1285,20
Stufe 7: ...€ 1688,90

www.mindestsicherungsrechner.at

DSA Karin
Gruber
Herrengasse
16,
8010 Graz
Tel. 0316 /
877-5101,
E-Mail:
karin.gruber@stmk.gv.at



Haus Hans-Sachs-Gasse 10: Mieterschreck Bernhard L. ist

Klagen am laufenden Band, verschwundene Fahrräder und unangekündigte Wohnungskontrollgänge machen Mietern in der Hans-Sachs-Gasse 10 das Leben schwer.

Die Mieter in der Hans-Sachs-Gasse 10 haben seit einiger Zeit keine Ruhe mehr. Der sattsam bekannte Bernhard L. ist wieder aktiv. Vor Jahrzehnten machte er sich bereits einen Namen, als er Altmietern mit unglaublichen Methoden aus ihren Wohnungen vertreiben wollte. Damals verwandelte er Wohnhäuser in schreckliche Baustellen, indem er beispielsweise ein Dach abdecken, Fenster herausreißen ließ oder den Mietern das Wasser abspernte, um Mieter hinauszuekeln und von

neuen Mietern mehr Geld verlangen zu können. „L. und Konsorten waren der Grund, warum wir den KPÖ-Mieternotruf 1992 ins Leben gerufen haben“, erinnert sich Stadträtin Elke Kahr.

Das Haus gehört zu 50 Prozent der Reinprecht Beteiligungs OG, in deren Namen B. L. auftritt. Seit 2013 treibt er in der Hans-Sachs-Gasse wieder sein Unwesen. Anton Primschitz, der zweite Eigentümer des Hauses, muss mit anschauen, mit welchen Mitteln L. agiert: „Seine Methoden sind andere geworden, aber auch damit hat er seinen Plan, Mieter loszuwerden, durchgezogen. Viele haben bereits klein beigegeben.“

Klagen gegen Beteiligte

Gewerbetreibende, die großteils schon Jahrzehnte in den Geschäften sind, werden genauso drangsaliert: „Vor 30 Jahren, als

Bernhard L. in der Hans-Sachs-Gasse noch Hausverwalter war, kam ich eines morgens in mein Geschäft, und es war ein Loch in der hinteren Wand. An einem anderen Tag war vor dem Eingang ein Haufen Schutt, der meinen Kunden den Zutritt zu meinem Geschäft unmöglich machte“, schildert einer der Gewerbetreibenden. „2013, kurz nach der Rückkehr von Bernhard L., erhielt ich eine einseitige Aufforderung der Reinprecht-B. OG, die Miete nicht mehr auf das Konto der zuständigen Hausverwaltung, sondern auf ein neues Konto zu überweisen. Als ich dieser Aufforderung nicht nachkam, erhielt ich eine Räumungsklage.“ Damit ist man aber nicht durchgekommen. Die Räumungsklage wurde in allen Instanzen abgewiesen.

Fahrradraub?

Der Schneiderin, die seit 20

Jahren in der Hans-Sachs Gasse 10 Mieterin ist, wird das Leben schwer gemacht: „Wenn ein Kunde ein Fahrrad in der Passage abstellt, gibt es Besitzstörungsklagen gegen den Kunden und mich.“ Ein Schild, das das Abstellen von Fahrrädern verbietet, fehlt. „Im Moment laufen vier Klagen gegen mich – eine Räumungsklage, drei Besitzstörungsklagen. Zwei Besitzstörungsklagen habe ich in erster Instanz bereits gewonnen“, ärgert sie sich.

Laut Kundenaussagen wurden einige Fahrräder entwendet und sind nicht mehr aufgetaucht. „Einer Kundin hat er das Fahrrad aus ihren Händen gerissen. Sie ging zur Polizei. Ein Verfahren wegen Raub wurde eingeleitet, dann aber eingestellt“, erzählt die Schneiderin.

Drei bis vier Klagen jährlich

„Wir sind seit 66 Jahren mit unserem Friseurgeschäft hier angesiedelt“, erzählt Christopher Gröbl. „Durchschnittlich werden wir drei bis vier Mal im Jahr geklagt: Räumungs-, Besitzstörungs-, Ehrenbeleidigungsklagen oder wegen Müll. Während eines Promotion-Events haben wir in der Hans-Sachs-Gasse Flyer verteilt, er klagte mich, weil ihm die Verteilerinnen nicht passten.“ Die Friseurfamilie hatte schon Jahre zuvor Probleme mit Bernhard L., „damals hat er uns einmal ohne Vorwarnung das Wasser abgestellt“, erinnert sich Christopher Gröbl.

„Kontrollgänge“

Ein ehemaliger Mieter erzählt, dass er wegen der Unstimmigkeiten sein Mietverhältnis gekündigt hat. „Es war eine Zumutung, es gab einen Zentralschlüssel und es wurden ohne Vorankündigung Kontrollgänge gemacht. Wir haben den Schlüssel innen stecken lassen, um nicht überrascht zu werden, denn es wurde einmal versucht aufzusperren, als wir in der Wohnung waren. Erst als dies nicht



Alle Bewohner wie auch alle Gewerbetreibenden zahlen die Miete – wie im Mietvertrag vereinbart – an die zuständige Hausverwaltung. Im Namen der Reinprecht Beteiligungs OG wird nun gefordert, dass die Mieten auf ein anderes Konto einbezahlt werden. In einer E-Mail heißt es: „Sie werden aufgefordert, tätige Reue zu üben und Zahlungen auf das Darlehenskonto des Hauses [...] zu leisten.“ Alles andere – also das Überweisen der Miete auf das Konto der Verwaltung – sei nicht schuldbefreiend.

wieder aktiv



erfolgreich war, wurde geläutet“, so der Student. „Als wir zur zeitweiligen Betreuung einen Hund hatten, verschärften sich die Probleme.“

Mithilfe von Freunden und Familie organisierte der Student einen Siedlungstrupp. „Das war am 26. Oktober“, erinnert sich der Student. „Als wir zurückkamen, um die letzten Gegenstände aus der Wohnung zu holen, war das Schloss bereits ausgewechselt, wir standen vor versperrten Türen, die Gegenstände, die sich zuvor noch in der Wohnung befanden, waren vor die Türe gestellt. Mein Mietvertrag war aber noch bis 31. gültig.“

16 m² um 930 Euro

Die geleerten Wohnungen werden über Plattformen als Privatzimmervermietung angepriesen – zu horrenden Preisen: Ein 16,11 m² großes „Studio“ ohne Küche wird für einen Monat für stolze 930 Euro angeboten. Andere Wohnungen, wie beispielsweise eine 44,9 m² große Einzimmerwohnung, werden um 713,19 Euro zur Hauptmiete (inkl. BK und Heizung)



Mieter Christopher Gröbl - Fri-seurgeschäft: „Was hier im Haus passiert, bezeichne ich als Gehirnakrobatik. Aber wir Mieter halten zusammen und bleiben stark.“

angepriesen, ebenso kann man die Immobilie pro Tag und Person für 39 Euro, pro Woche für 260 Euro oder pro Monat für 1.150 Euro haben. Für jede weitere Person gibt es einen Aufschlag.

Die Mieter der Hans-Sachs-Gasse 10 geben nicht auf. Sie halten zusammen und kämpfen weiter. Die KPÖ wird sich weiter für die Rechte der Bewohner und Gewerbetreibenden einsetzen und ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

NEUE GEMEINDEWOHNUNGEN FÜR GRAZ



© fotolia.com franke182

Die Stadt hat ein Grundstück im Bereich Lend/Gösting im Ausmaß von 8.284 m² erworben. An der Adresse Mühlriegel 11 sollen in den nächsten Jahren 210 Gemeindewohnungen entstehen. „Damit sind wir unserem Ziel, 500 bezahlbare Wohnungen zu schaffen, ein Stück näher gekommen“, freut sich Wohnungsstadträtin **Elke Kahr**.

38 Wohnungen werden in der Max-Mell-Allee entstehen. Das hat der Gemeinderat im Dezember einstimmig beschlossen. Damit werden **erstmalig** Gemeindewohnungen im Bezirk Geidorf gebaut. „In Waltendorf und St. Peter sind weitere Gemeindewohnungen geplant“, so Kahr.



Foto: Pia Schmickl

Fürstliche Gehälter

Aufnahmestopp beim Personal, großzügige Gehälter in der Vorstandsetage – so sieht die Holding-Graz-Personalpolitik von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen aus.

Im Juli 2014 hat die Holding Graz einen Personal-Aufnahmestopp beschlossen, um Kosten zu reduzieren. Weniger Personal muss die gleiche Arbeit bewältigen. Der Druck auf die Beschäftigten nimmt zu.

185.700 Euro Jahresgage

Geht es aber um die Gehälter in den Vorstandsetagen, ist Sparen kein Thema mehr. So waren sich SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne einig wie selten: An den fürstlichen Gehältern in den Geschäftsführer-Dienstverträgen für die Holding-Vorstände wird nicht gerüttelt. Zum stattlichen Jahreshonorar für das dreiköpfige Vorstandsgremium

von je 185.722,94 Euro brutto (Vorstandssprecher Wolfgang Malik bekommt sogar noch mehr) kommt noch eine saftige Prämie hinzu, die sich „erfolgsorientierte Jahresprämie“ nennt. Voraussetzung für die Auszahlung dieser Prämie ist, dass die in den Dienstverträgen geforderten Aufgaben, unter ihnen paradoxerweise das Erreichen von „Einsparungszielen“, erfüllt werden.

Die KPÖ stimmte dagegen, sie setzt sich gegen Gehaltsprivilegien in öffentlichen Unternehmen, für eine faire Bezahlung aller Beschäftigten sowie für eine Senkung der Politikergehälter um 30 Prozent ein.



© pia schmickl

Fürstliche 13.265,92 Euro brutto erhalten die drei Vorstände der Holding Graz jeweils 14 Mal im Jahr – Vorstandssprecher Wolfgang Malik bekommt sogar noch mehr: Dazu kommt eine saftige Prämie, für die lediglich erforderlich ist, dass der Dienstvertrag erfüllt wird (!). Sie verdienen damit mehr als Bürgermeister Nagl (13.463,72 Euro).

Fahrradgeschichte hautnah

Buch zum Puch-Fahrrad erschienen

Fast 100 Jahre lang, von 1890 bis 1987, wurden in Graz unter dem Namen Puch rund 10 Millionen Fahrräder hergestellt. Im Buch „Die Geschichte der Puch-Fahrräder“ von Walter Ulreich und Wolfgang Wehap werden die Hintergründe der Puch-Erfolgsgeschichte aufgerollt.

Es berichtet von den ersten Erfolgen Johann Puchs genauso wie über die technischen Entwicklungen auf dem Fahrradsektor im Laufe der Jahrzehnte. Es beleuchtet sowohl soziale und kulturelle als auch mobilitätsgeschichtliche Details. Es verfolgt die Fahrradproduktion bis zur Schließung des Zweiradwerkes und zeigt, welche

Bedeutung die Marke Puch bis in die Gegenwart hat. Das Buch „Die Geschichte der Puch-Fahrräder“ lässt keinen Aspekt zum Thema Puch-Fahrräder aus.

Anfänge im Glashaus

Die eigentliche Geschichte der Puch-Fahrräder beginnt in einem Glashaus im heutigen Grazer

Volksgarten, in dem der Keuschler-ohn Janez Puh seine erste eigene Werkstatt einrichtete. Es war Johann Puchs Riecher für Trends und die Werbewirksamkeit des Sports, der der Marke Styria zu raschem Aufstieg verholfen hat.

Die Karriere des „genialen Mechanikers“ wurde kurz von einer „unfreundlichen“ Übernahme unterbrochen, doch Puch ließ sich nicht unterkriegen. Aus dem Rechtsstreit ging Puch 1899 mit einer neuen Firma letztlich als Sieger hervor. Johann Puch starb 1914. Er erlebte die Motorisierung nur in den ersten Anfängen.

Truppenfahrräder, Panzergetriebe und Schlittschuhe

Nach dem 1. Weltkrieg erlitt die Puch-Fahrradproduktion infolge der Teilung der Steiermark einen starken Dämpfer, doch eine Reorganisation verlieh der Grazer Fahrradfertigung neuen Auftrieb. 1938 wurden von einer 2000 Mann starken Belegschaft 86.000 Fahrräder produziert.

Im 2. Weltkrieg wurden die Puch-Werke in die Nazi-Rüstungsmaschinerie eingegliedert. Neben Truppenfahrrädern wurden Panzergetriebe und Flugzeugmotoren gebaut. Von den 10.500 Beschäftigten waren ein Drittel Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter. Nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus startete 1945 die Produktion neu mit 300 Beschäftigten. Produziert wurden vorerst Feuerzeuge und Schlittschuhe.

1955 wurden 119.859 Fahrräder produziert, 70% davon für den Export, v.a. in die USA. Die Fahrradpalette wurde um einen wachsenden Motorradsektor und das Puchauto ergänzt.

Verkauf einer Legende

1980 erreichte die Fahrradproduktion in Graz ihren Höhepunkt: 310.000 Stück wurden gefertigt.



Walter Ulreich, Wolfgang Wehap:
Die Geschichte der PUCH-Fahrräder. ISBN 978-3-7059-0381-4, 400 Seiten, ca. 500 Farbbabb., Preis: 48 Euro, Weishaupt Verlag, Gnas 2016
www.weishaupt.at
Die Seite rund um das Buch:
www.facebook.com/Puchrad

Danach ging der Absatz rapide zurück. Man ging ab vom Zweirad und setzte aufs Auto: die Allradentwicklung und -Produktion.

1987 wurde die Zweiradproduktion samt der Marke Puch an Piaggio verkauft. Das Buch geht der Frage nach, ob hier über eine Sparte mit großer Tradition leichtfertig der Stab gebrochen wurde oder ob das Schicksal, welches die Marke Puch mit vielen großen Namen der europäischen Fahrrad- und Zweiradindustrie teilte, tatsächlich unabwendbar war.

Junge schätzen die Marke

In jüngerer Zeit tauchen verstärkt originale Puchräder auf, geschätzt auch von einem jungen Publikum. Und hier kommt der praktische Bezug des Buches ins Spiel: Für Sammler, Old- wie auch Youngtimer unter den Puch-Fans oder Interessierte, die über ihr altes Fahrrad vor der Restaurierung mehr wissen wollen, bieten die Modell- und Rahmenummernlisten hilfreiche Unterstützung. Verzeichnisse von Bild- und Wortmarken geben Auskunft über den Außenaustritt im Laufe der Jahrzehnte, drei vollständig faksimilierte Kataloge aus den Jahren 1894, 1901 und 1930 bieten einen Querschnitt des Modell- und Ausstattungsprogramms dieser Zeiträume.



Plakat, aus dem Buch: „Die Geschichte der PUCH-Fahrräder“

Steuerreform und Pflegegeld:

Senioren zahlen drauf

Mit 1. Jänner ist die Lohnsteuerreform in Kraft. Die Pensionistinnen und Pensionisten werden aber erst im Februar wissen, wie klein oder wie groß der Betrag wirklich ist, der ihnen bleiben wird.

Fix ist: Schon im Jänner treten die Erhöhungen einiger Mehrwertsteuersätze und mehrere Verteuerungen von Tarifen und Gebühren in Kraft. Und es ist auch fix, dass die Mini-Pensionserhöhung von 1,2 Prozent brutto von den Politikern damit begründet wird, dass wegen der Lohnsteuersenkung „mehr Geld im Börsel“ für alle da wäre.

Dass die Verluste durch die Sparpakete der vergangenen Jahre und die weit über dem Durchschnitt liegenden Mehraufwendungen älterer Menschen bei weitem nicht abgegolten werden, darüber schweigt man sich aus.

Und ausgerechnet die ohnehin nicht mit Reichtümern gesegneten Ausgleichszulagenbezieher sollen auch noch dadurch, dass sie nicht in den Genuss der Negativsteuer kommen, bei der Steuerreform durch die Finger schauen.

Das Leben wird teurer

Die Güter des täglichen Bedarfs, das Wohnen oder die Tarife des Verkehrsverbundes werden immer teurer. Von den paar Euro, die man mehr bekommt, bleibt bald nichts mehr übrig. Von der Steuerreform profitieren nur die Menschen, die schon jetzt sehr gute Gehälter haben. Auch die Oberpensionisten, Multifunktäre und Großverdiener Blecha und Khol können sich freuen, während die meisten Pensionisten auch weiter jeden Euro zweimal umdrehen müssen.



Pflegegeld: Erhöhung reicht nicht

Derzeit beziehen in Österreich rund 450.000 Personen Pflegegeld. Mit 1. Jänner wurden alle sieben Pflegestufen um 2 Prozent erhöht. Seit der Einführung des Pflegegelds 1993 ist es erst die fünfte geringfügige Anhebung dieser wichtigen Sozialleistung. Von einer Abgeltung der Inflation – geschweige denn

von einer Abdeckung der ständig steigenden Pflegekosten – kann dabei nicht einmal ansatzweise gesprochen werden. Bis heute hat das Pflegegeld etwa 30 bis 35 Prozent gegenüber seinem ursprünglichen Wert verloren!

Pflegebedarf erhöht

Dazu kommt, dass bei der Pflegestufe 1 der nötige Pflegebedarf 2011 von über 50 auf mehr

als 60 und ab 2015 auf mehr als 65 Stunden sowie bei der Pflegestufe 2 der Pflegebedarf 2011 von über 75 auf über 85 und ab 2015 auf mehr als 95 Stunden angehoben wurde. Es ist beschämend, dass trotz immer mehr Beitragszahlern, immer höheren Beitragsgrundlagen und sinkendem Pflegegeldwert gerade bei dieser Leistung seit vielen Jahren gespart wird!

Invaliditätspension – Rehabilitationsgeld

Bessere Rehabilitationsmaßnahmen, ein leichter Wiedereinstieg ins Berufsleben – diese verheißungsvollen Versprechungen begleiteten die Ankündigung der Einführung des Reha-Geldes anstelle der befristeten Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension für alle vor 1964 Geborenen ab Jänner 2014.

Jetzt – zwei Jahre später – ist klar: Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen finden kaum statt. Im gesamten Jahr 2014 kamen von 12.500 Rehabilitati-

onsgeldbezieherInnen nur 734 in ihren Genuss. Und Umschulungen sind die absolute Ausnahme: Von 17.500 Rehabilitationsgeld-BezieherInnen haben bis August 2015 lediglich 90 Personen an Umschulungsmaßnahmen teilgenommen. Für alle anderen Betroffenen bedeutet das Reha-Geld nur eines: ein Viertel weniger an Bezügen gegenüber Berufsunfähigkeits- bzw. Invaliditätspensionisten.

Hinter der beschönigenden Bezeichnung „Reha-

Geld“ verbirgt sich ein Kürzungspaket für Kranke und Invalide. Die aktuelle Statistik bestätigt dies leider nur zu deutlich.





MEINUNG

Von Gemeinderat Kurt Luttenberger, Arbeiterkammerrat des GLB

Massenarbeitslosigkeit – Her mit einer Obergrenze

2016 wird für Arbeitslose wieder kein gutes Jahr. Während die Bundesregierung tapfer bemüht ist, marode Banken mit unseren Steuern zu retten oder reiche und superreiche Bevölkerungsteile mit Steuer geschenken und -nachlässen bei Laune zu halten, schaut's bei uns nicht so toll aus. Ob die vielgepriesene Steuerreform der Superrenner wird, bleibt abzuwarten. Fakt ist, dass etwa 500.000 Menschen arbeitslos sind – Tendenz nicht fallend! Auch diejenigen, die Arbeit haben, müssen oft mit niedrigen Löhnen und Gehältern ihr Auslangen finden. Arbeit, von der man leben kann, ist in der Praxis immer öfter leeres Gerede.

Es braucht also Druck von unten. Wir arbeitenden Menschen, Arbeitslosen, Jugendlichen und Pensionisten müssen die Politik fordern. Auch diejenigen in der SPÖ, die vor Wahlen immer „soziale Gerechtigkeit“ trompeten und danach alles vergessen. Ein gutes Beispiel ist unser Sozialminister (ein möglicher künftiger Bundespräsident?). Vielleicht steigen seine Chancen, wenn er in den letzten Wochen als Minister etwas mehr tut. Etwa mehr Budgetmittel zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit locker machen.

Von Obergrenzen bei Flüchtlingen reden alle – wir brauchen aber Obergrenzen bei der Arbeitslosigkeit.

Kurt Luttenberger

„Ich gebe nicht auf“

Eine Zielpunkt-Mitarbeiterin erzählt

Die Arbeitslosenzahlen steigen weiter an. Die Insolvenz von Zielpunkt verschärft die Lage und kostet steiermarkweit rund 200 Menschen den Job. Frau M., eine der gekündigten Zielpunktmitarbeiterinnen berichtet.

Alle bis auf drei Zielpunkt-Filialen haben mit 2. Jänner ihre Türen geschlossen. Die Mitarbeiter dieser Filialen müssen sich jetzt eine neue Beschäftigung zu suchen. Frau M. ist eine von ihnen.

Sie hat sieben Kinder und ist geschieden. „Ich habe 1995 bei Löwa meine Lehre begonnen, dann wurden wir zu Zielpunkt und seit damals bin ich dabei“, erinnert sich Frau M. „Es war eine schöne Zeit, ich mochte meine Arbeit und meine Kollegen und man kam mir bei den Arbeitszeiten entgegen. Nur so war es mir möglich, Familie und Arbeit unter einen Hut zu bekommen.“

„Mit Insolvenz habe ich nicht gerechnet“

„Ich habe schon gewusst, dass Zielpunkt Probleme hat, sonst wären wir auch nicht so oft verkauft worden. Einige Geschäftsstellen haben ja auch schon geschlossen“, erzählt sie. „Aber mit einer Insolvenz hätte ich nicht gerechnet. Viele unserer Filialen sind gerade erst umgebaut worden, wir haben neue Kühlschränke bekommen und hatten auch neue Kooperationen.“

Erfahren hat sie von der Zielpunkt-Pleite durch einen Anruf ihrer Mutter am 25. November. Sie habe es in den Nachrichten gehört. An diesem Abend kamen noch weitere Anrufe. Am nächsten Tag die traurige Gewissheit: Die Filialleiterin informierte die Mitarbeiterinnen über die Insolvenz.

Mitgefühl und Solidarität

„Unsere Kunden und Kundinnen waren sehr einfühlsam, sie suchten das Gespräch mit uns. Das große öffentliche Echo hat uns

sehr geholfen, einerseits, um nicht zu verzweifeln andererseits haben wir dadurch unsere Gehälter relativ schnell ausgezahlt bekommen.“

Inzwischen wurde die Filiale, in der die Alleinerzieherin arbeitete, geschlossen, die Kündigungen bzw. der frühzeitige Austritt wurden bereits unterschrieben.

Auf die Frage, wie es jetzt weitergehen wird, hat Frau M. noch keine Antwort. „Aber ich lasse mich nicht verunsichern. Natürlich stellt man sich die Frage, wie es weitergehen wird. Aber ich gebe nicht auf, das Leben geht weiter – schon alleine der Kinder wegen.“

Es bleibt eine Anstecknadel

Alles, was ihr aus 20 Jahren bei dem Unternehmen bleibt, ist eine Tasse mit Zielpunkt-Logo sowie eine Anstecknadel, die jeder Mitarbeiter als Weihnachtsgeschenk bekommen hat, und ein kleiner Funken Hoffnung, dass die Zielpunktfilialen samt Mitarbeitern von einer anderen Handelskette übernommen werden.

Beratung in Fragen von
ARBEIT und BERUF

GLB-KPÖ

Rufen Sie an!
0677 / 612 538 99
E-Mail: gib@glb-steiermark.at • <http://www.glb-steiermark.at>

PUCHSTRASSE

Nagl-Vorzeigeprojekt gescheitert

Die Stadt Graz hat ihr einstiges Projekt „Innovationspark Puchstraße“ ohne großes Aufsehen abgestoßen und verkauft. Was als Vorzeigemodell für „Public Private Partnership“ (PPP) gedacht war, wurde zum Klotz am Bein im „Haus Graz“.

Im Jahr 2001 jubelte der damalige Finanzstadtrat Siegfried Nagl: Am Standort des Stammwerkes in der Puchstraße würde auf dem Fabriksgelände ein moderner Industriepark entstehen. Das schrieb die Wiener Zeitung am 26. März 2001. Man sprach von 2.500 bis 4.000 neuen Arbeitsplätzen und einem riesigen Zukunftsprojekt. Magna verkaufte das 175.000 m² große Areal zwischen Puchstraße und Mur um 270 Mio. Schilling (ca. 20 Millionen Euro) an die neu gegründete Innovationspark Graz Puchstraße GmbH, die zu 49 Prozent von der Stadt-Tochter GBG und zu 51 Prozent der Immorent Süd gehalten wird.

Geschäft für Stronach

Die Stadt investierte insgesamt 100 Mio. Schilling über Darlehen und eine stille Beteiligung. Insgesamt wurden die Kosten für das Projekt mit 360 Mio. Schilling beziffert – zusätzlich zum Kaufpreis wurden noch Infrastruktur-, Abbruch- und Sanierungskosten veranschlagt.

Heimgärten gekündigt

Der damalige Puch-Betriebsrat Peter Scherz wies darauf hin, für wen der Deal ein Geschäft war: für Frank Stronach. Das gesamte Areal des ehemaligen Puchwerks I wurde vom neuen Besitzer, dem Magna-Konzern, als nicht verwendbar abgestoßen. Die Stadt Graz hat als



2001 kaufte die Stadt Graz Frank Stonach das Gelände für den Innovationspark Puchstraße um teures Geld ab. Die Hoffnungen auf eine Erfolgsgeschichte bei der Betriebsansiedlung haben sich aber nicht erfüllt.

Käuferin, wie immer, dafür eine hohe Summe aufwenden müssen.

Peter Scherz: „Und so nebenbei hat der Sportverein ASV Puch mit zahlreichen Sektionen seine Heimstätte verloren. Außerdem gab es auf dem Gelände einen Heimgartenverein. Die Kündigung beider Vereine ging raschest über die Bühne, ohne dass es einen Ersatz gegeben hätte.“

Nagl träumt

Im April 2001 fasste der Gemeinderat – gegen die Stimmen der KPÖ – den entsprechenden Beschluss. Bis 2016 sollten die Grundstücke verwertet werden. Schwerpunktartig waren Ansiedlungen in den Bereichen Forschung, Technologie, Engineering und Maschinenbau vorgesehen. Die Gesamtinvestitionen sollten zwei Milliarden Schilling (145 Mio. Euro) betragen.

Man sprach von jährlich steigenden Kommunalsteueranteilen. Siegfried Nagl geriet ins Schwärmen: Der Innovationspark wäre „eines der wenigen Stücke, das uns in den nächsten Jahren sehr viel Freude machen wird.“ So steht es im Protokoll des Gemeinderates.

Schaden begrenzen

Dann wurde es langsam still um den Innovationspark und Freude kehrte nicht ein. Bei weitem nicht alle Flächen konnten verkauft werden. Im Herbst 2015 waren noch immer beinahe ein Drittel der Grundstücksflächen und zwei vermietete Hallen nicht verwertet. Im April 2016 wären aber laut Gemeinderatsbeschluss die Kredite der Bank und der Stadt Graz ausgelaufen. Eine Verlängerung der Laufzeit seitens der Bank zu den ursprünglichen Bedingungen war unrealistisch. Die Finanzlage der

Gesellschaft war deshalb prekär. Sie hatte schon seit Jahren negatives Eigenkapital.

Was tun? Um den Schaden für die Stadt zu begrenzen, ging man an den Verkauf der IPG, der Mitte Dezember 2015 fixiert wurde, ohne dass die Öffentlichkeit groß darüber informiert wurde. Damit konnte eine finanzielle Belastung des Hauses Graz abgewendet werden. Wenn man aber die Kosten für die Erschließung des Areals in Rechnung stellt, war das Abenteuer Puchstraße unter dem Strich kein Geschäft für die Stadt. Wahrscheinlich kann sich – wie bei fast jedem Projekt – nur eine Beratungsfirma, die den Verkaufsprozess begleitet, über sichere Einnahmen freuen.

Von den Träumen eines Nagl aus dem Jahr 2001 ist nichts übrig geblieben. Und eines zeigt sich: Die hochgelobten PPP-Projekte sind nicht der Weisheit letzter Schluss.



AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

SCHUL-TURNSÄLE ÖFFNEN!

Viele Sporthallen in Graz sind für Hobbyvereine nicht leistungsfähig und kommen daher für Training und Wettkampf nicht infrage. „Durch eine erweiterte Öffnung an von Schul-Turnsälen könnten Freizeitsportler zusätzliche Trainingsmöglichkeiten nutzen. So zum Beispiel die Grazer Hobbyfußball-Liga,

die mit fast 1000 Spielerinnen und Spielern dringend passende Räumlichkeiten sucht“, so KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch**. Es müsste nur ein Modus für den Ersatz der Unkosten gefunden werden.



HILFE FÜR SCHMERZPATIENTINNEN: KPÖ ANTRAG ANGENOMMEN

Nicht einmal für die Hälfte der etwa 23.000 chronischen Schmerzpatienten/innen in der Steiermark reicht die Behandlungskapazität aus. In der Stadt Graz sind Schmerzambulanzen im LKH Graz, LKH Graz-West, sowie im KH der Elisabethinen untergebracht. Das reicht nicht aus.

KPÖ-Gesundheitssprecherin **Elke Heinrichs** setzt sich für die Einrichtung einer multimodalen Tagesklinik zur Schmerzbehand-

lung ein, wie es sie am Klinikum Klagenfurt bereits gibt. Fachärzte aus verschiedenen Richtungen stehen für Diagnosen und Behandlungen zur Verfügung. „Das würde auch bedeuten, dass sich gesamtgesellschaftlich geringere Folgekosten ergeben“, so Heinrichs. Ihr Antrag wurde im Gemeinderat einstimmig beschlossen.



RADWEGE VERNÜNFTIG PLANEN

„Die Annenstraße und andere Stellen in Graz zeigen, wie gefährlich es ist, wenn die Fahrgäste zum Betreten der Straßenbahn die Radwege queren müssen“, sagt KPÖ-Gemeinderätin **Christine Braunerreuther**.

Ähnliches wurde für

die sogenannte „Esplanade“ im Stadtteil Reininghaus geplant. Die Bilder zeigen, dass die Radwege zwischen den Wartehäuschen und der Straßenbahn verlaufen sollen.

Im Gemeinderat wurde eine Überarbeitung der Pläne zugesichert.



Die Fehler der Annenstraße nicht wiederholen! Radwege zwischen Haltestellen und Bim zu planen, ist Unsinn, sagt die KPÖ.

GRAZ BRAUCHT MEHR KINDERGÄRTNERINNEN!

Um zukünftige Engpässe zu vermeiden – Stichwort: zweites verpflichtendes Kindergartenjahr –, fordert KPÖ-Bildungssprecher **Andreas Fabisch** einen zweiten Ausbildungsstandort für Kinderkrippenpädagogik (BAKIP) in Graz einzurichten: „Es muss mehr jungen Menschen diese hervorragende Ausbildung ermöglicht werden.“



LOHNDUMPING VERHINDERN!

KPÖ-Gemeinderat **Kurt Luttenberger** kritisierte in der Gemeinderatssitzung den Vorschlag, Asylwerber für 5 Euro Stundenlohn bei der Stadt Graz zu beschäftigen: „Niedrige Bezahlung für eine Bevölkerungsgruppe führt unweigerlich zu einem Lohndumping für alle Beschäftigten“, so Luttenberger.



FÜR ELTERN-KIND PARKPLÄTZE

In Einkaufszentren sind Eltern-Kind-Parkplätze fast schon Standard. Im öffentlichen Raum gibt es sie hingegen noch gar nicht. KPÖ-Planungssprecher **Manfred Eber** regte daher an, solche Parkmöglichkeiten im Umfeld von Ämtern und Behörden einzurichten.



Verkehr: Wichtige Verbesserungen

In der **Ziegelstraße** im Abschnitt zwischen dem Viktor-Zack-Weg und Rainleiten wird zeitgleich mit den Hochwasserschutzmaßnahmen am Stufenbach demnächst ein Gehsteig errichtet.

Außerdem werden errichtet:

- ein Gehsteig im **Sternackerweg** im Abschnitt von der Eisenbahnkreuzung bis zur Liebenauer Hauptstraße inklusive einer Querungshilfe im Bereich der Einmündung des Banngrabenweges
- ein Gehsteig zur Schließung der Gehsteiglücke zwischen **Statteggerstraße** und Hängelweg
- ein Gehweg im Bereich des Hauses **Kahngasse** Nr. 1
- Geh- und Radwegausbauten bzw. Lückenschlüsse erfolgen in der **Köflachergasse**, in der **Alten Poststraße** (Lückenschluss Laudongasse Süd), in der **Gradnerstraße**
- Teilabschnitt Kirche Hl. Leopold in der **staatsbahnstraße** (Rampe Triesterstraße), in der **Nepomukgasse** und im **Strasserhofweg**.

WETZELSDORF

GEGEN SCHWERVERKEHRLAWINE

Noch immer keine Lösung gibt in punkto Schwerverkehr zur Deponie in Thal. KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora**: „Den Bewohnern ist diese extreme Belastung für die nächsten 20 Jahre nicht zumutbar!“ Die von Bürgermeister Nagl versprochene Tonnagen-Beschränkung lässt auf sich warten. Zwei Bürgerinitiativen kämpfen mit Straßensperren gegen den rollenden Schwerverkehr über die schmale Steinbergstraße.



EGGENBERG

NÄCHTLICHER VERKEHRLÄRM

Seit Änderung der Streckenführung der Straßenbahnlinie 1 durch die Laudongasse die Alte Poststraße direkt in die Georgigasse gibt es immer wieder Klagen über nächtlichen Lärm, weil Fahrzeuge mit überhöhter Geschwindigkeit über die Schienen donnern. KPÖ-Gemeinderätin

Uli Taberhofer fordert wirksame Maßnahmen dagegen – etwa eine Geschwindigkeitsbegrenzung zwischen der Volksschule Leopoldinum und der Krausgasse.



FÜR SIE ERREICHT!

Kinderspielplatz

Auf der Grünfläche hinter den Übergangwohnheimen in der Starhembergasse 17 und 19 und in der Laudongasse 18 und 20 gibt es keinen Spielplatz. „Weil in diesen Wohnungen viele Familien mit Kindern leben, sind gerade dort Spielmöglichkeiten dringend nötig“, so KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer**. Durch ihren Einsatz im Gemeinderat werden dort im Frühjahr Spielgeräte aufgestellt.


STRASSGANG
Für eine bessere Luft

Bei frostigen Temperaturen kann man immer wieder beobachten, dass Autofahrer den Motor ihres Wagens während des „Eiskratzens“ warmlaufen lassen. Das verursacht unnötige Schadstoffe, hohen Spritverbrauch und ist laut Straßenverkehrsordnung verboten! Auch bei längeren Staus muss man den Motor ab-

schalten, und das Abstellen des Motors bei Wartezeiten vor Bahnübergängen ist seit 1974 ausdrücklich im Gesetz erwähnt. KPÖ-Bezirksrätin

Ruth Masser: „Schon mit kleinen Maßnahmen können wir einen wichtigen Beitrag für eine gesündere Luft in unserem Bezirk leisten!“


LEND
Fahrradabstellplatz am Floßlendplatz!

Viele Bewohner fordern die Errichtung eines Fahrradabstellplatzes am Floßlendplatz (z.B. bei der Telefonzelle), da Fahrräder vermehrt Einfahrten und Haustüren blockieren. Dafür setzt sich KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Christian Carli** im Bezirksrat ein.

ANDRITZ


Christian Promitzer, KPÖ Bezirksrat in Andritz

Bürgerinformation in Andritz

Bei der rege besuchten Bürgerinformation in Andritz über da neue Heim für Asylwerberinnen und Asylwerber ist es hoch hergegangen. Eine wesentliche Kritik war, dass die Bevölkerung nicht eingebunden worden ist. Tatsächlich haben die politisch Verantwortlichen schon länger über dieses Vorhaben Bescheid gewusst. Diese Heimlichkeit fördert die Angst, und manche Personen benutzen „die Flüchtlinge leider allzu oft als Ventil, um ihrer Kritik an den herrschenden Zuständen Luft zu machen“, sagt KPÖ-Bezirksrat **Christian Promitzer**. „Auf der anderen Seite haben viele Bezirksbewohner angeboten, ehrenamtlich oder mit Spenden bei der Integration der im Heim Untergekommenen zu helfen.“

GRIES
Dank an Holding

KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreterin **Gerti Schloffer** bedankt sich bei den Mitarbeitern der zuständigen Magistrats-Abteilung für die rasche und unbürokratische Aufstellung eines Mistkübels und eines „Sackerl fürs Gackerl-Automaten“ in der Steinfeldgasse/Ecke Prankergasse. Schloffer: „Jetzt wäre es wichtig, dass die Sackerln richtig verwendet bzw. entsorgt werden.“


LIEBENAU
Wo bleibt Bahnunterführung?

Beim Bahnschranken in der Liebenauer Hauptstraße wurde der Flächenwidmungsplan geändert, um eine Bahnunterführung zu ermöglichen. Jetzt scheint kein Geld für eine Umsetzung vorhanden zu sein. KPÖ-Bezirksrat **Max Korp** hält das für Sparen am falschen Platz: „Mit der Unterführung wäre der staugeplagte Sternäckerweg entlastet!“

JAKOMINI
Parken für Einspurige

Die Anrainer der ATG-Halle sind verärgert: Einspurige Kfz verstellen die raren Parkplätze, indem sie ungeregelt die Flächen einnehmen, für die die Anrainer ja ihre Jahresgebühren zahlen. Gemeinderat **Andreas Fabisch:** „Die beste Lösung wäre, endlich den einspurigen Motorfahrzeugen eigene Parkbereiche zu sichern. Nur so kann das Kreuz-und-Querparken beendet werden.“



Der namhafte Maler **Gottfried Thum**, der in Gratkorn lebt, hat dem Zentralverband der Pensionisten im Rahmen der Weihnachtsfeier ein Bild geschenkt. Dafür bedankt sich die Obfrau des Zentralverbandes, **Silvana Weidinger**, herzlich.

Lendplatz: Infosäulen wiederbeleben!


Ideen und Anregungen für Bezirks-Themen (alle Bezirke):
Christian Carli:
 Tel. 0681 / 10 7632 98


MARIATROST
Mariatrosterstraße: Sichere Übergänge

An der Kreuzung Mariatrosterstraße/Eschengasse sollte ein Zebrastreifen für mehr Verkehrssicherheit sorgen, das fordern Gemeinderat **Andreas Fabisch** und Bezirksrat **Helmut Schwab**.

Auf Soziales nicht vergessen!

Landesbudget 2016

„Die Arbeitslosigkeit ist hoch wie nie, die Kosten für Miete und Betriebskosten steigen an. Immer mehr Menschen können sich das tägliche Leben nicht leisten, selbst wenn sie Arbeit haben. Diese Probleme nimmt die Landesregierung nicht ernst genug“, sagte KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg in seiner Budgetrede. Die KPÖ brachte mehrere Anträge ein und ermahnte die Regierung, auf Soziales nicht zu vergessen.

1. Wohnbeihilfe erhöhen!

Die KPÖ fordert, Bemessungsgrundlage und Höhe der Wohnbeihilfe an die Teuerung anzupassen. Kleinste Erhöhungen des Einkommens sollen nicht sofort durch eine Kürzung der Wohn-

beihilfe zunichte gemacht werden. Im schlimmsten Fall kann derzeit eine Pensionserhöhung von wenigen Euro dazu führen, dass der Anspruch verloren geht.

2. Unterstützung für Pendlerinnen und Pendler

Durch die Anhebung der Einkommensgrenzen an realistische Bruttowerte sollen mehr Menschen Anspruch auf diese Beihilfe erhalten. Die Distanzen sollen an die Regelungen der Pendlerpauschale (20, 40, 60 km) angepasst werden.

3. Senkung der Politbezüge

Die KPÖ hat ihre Forderung, die Politeinkommen um rund 30 Prozent – durch Koppelung an den Ausgleichszulagenrichtsatz für

Pensionistinnen und Pensionisten – zu kürzen, im Landtag bekräftigt. Wie bereits in der Vergangenheit lehnten dies SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne ab. Der Landeshauptmann verdient ab 2016 16.504 Euro monatlich (14 Mal), sein Stellvertreter 15.635 Euro.

Die Freiheitlichen wetterten lautstark gegen den KPÖ-Vorschlag. „Haben Sie gerechnet, was das bringt? Das ist populistisch, das bringt nichts“, rief der FP-Abgeordnete Christian Cramer. Die KPÖ hatte nachgerechnet: 2,5 Millionen Euro würden dadurch jährlich eingespart. 20 Jahre könnte man damit die Weihnachtsbeihilfe finanzieren, die „aus Kostengründen“ abgeschafft wurde.

Bei der KPÖ gilt für Polit-Bezüge eine Obergrenze von 2200 Euro netto im Monat. Der Rest fließt in einen Sozialfonds für Menschen in Notlagen, dessen Verwendung jedes Jahr am Tag der offenen Konten offengelegt wird.

4. Budget: Schluss mit der Geheimhaltung!

Aufgrund der in der „Haushaltsreform“ festgelegten Regeln

enthält das vom Landtag zu beschließende Budget keine Zahlen mehr. „Dieser Blindflug ist höchst gefährlich und stellt auch die Möglichkeit der Kontrolle durch den Landtag in Frage“, kritisiert Landtagsabgeordneter Werner Murgg. Die KPÖ fordert daher, die vagen „Wirkungsziele“ um nachprüfbar, konkrete Zahlen zu ergänzen.

5. Sozialcard und Weihnachtsbeihilfe

Für Steirerinnen und Steirer mit geringem Einkommen soll endlich eine Sozialcard des Landes eingeführt werden. Mit ihr soll es möglich sein, Kultur-, Sport- und Bildungseinrichtungen, die der öffentlichen Hand gehören oder die von ihr Förderungen erhalten, kostenlos oder stark ermäßigt zu nutzen. Auch öffentliche Verkehrsmittel sollen im Leistungsangebot enthalten sein.

Außerdem soll die soeben abgeschaffte Weihnachtsbeihilfe der Landesregierung wieder eingeführt werden.

6. Keine Geschäftemachelei mit minderjährigen Flüchtlingen

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) sind besonders schutzbedürftig und haben einen erhöhten Betreuungsbedarf. In der Steiermark ist es noch immer gängige Praxis, dass private, gewinnorientierte Betreiber ohne jegliche fachliche Qualifikation Quartiere für jugendliche Flüchtlinge, die ohne Eltern hier leben, führen. Diese Unterbringungspolitik ist aus sozialpädagogischer Sicht absolut nicht vertretbar. Die KPÖ fordert, sie umgehend zu beenden.

7. EURATOM-Ausstieg!

Im Sinne einer Anti-Atomenergiepolitik fordert die KPÖ den Austritt aus EURATOM. Österreich zahlt jährlich mehr als 40 Millionen Euro für die europäische Atomindustrie.

Der Großteil der Steirerinnen und Steirer weiß genau, wieviel Geld sie ausgeben können, müssen sie doch oft jeden Cent dreimal umdrehen – auch weil SPÖ und ÖVP drastische Kürzungsmaßnahmen vornehmen.

Wie die Landesregierung wirtschaftet, erfährt man aber nicht.

Das Landesbudget enthält neuerdings keine Zahlen mehr.



Notfallmama? Verein KiB hilft

Der Verein KiB children care bietet Eltern von kranken Kindern Unterstützung.



In der Nacht hat das Kind Fieber bekommen. Papa und Mama müssen arbeiten. Wer bleibt jetzt beim Kind daheim? Diese Situation kennen die meisten Mütter und Väter. Omas und Opas können oft auch nicht spontan auf das Enkel schauen. Ein unbürokratische Lösung bietet die Interessensvertretung KiB: Die Notfallmama. Rund um die Uhr können Eltern bei solchen Notfällen die KiB-Hotline 0664/620 3040 anrufen und sich so eine kompetente Betreuungsperson für ihre Kleinen organisieren. Die Kosten für die Betreuung hängen von den Ansprüchen der Notfallmamas ab. Meist sind es 5 Euro pro Betreuungsstunde.

„Wenn die Eltern bei uns anrufen, um eine Betreuung anzufordern, wählen sie fast immer die Mitgliedschaft, das sind 14 Euro im Monat für die ganze Familie, weil in diesem Fall alle Kosten von KiB

übernommen werden“, schildert Gabriele Metz, Landeskoordinatorin des Vereins KiB. „Das Wissen über den Bedarf an Betreuung, das Stundenausmaß etc. ist unsere Argumentationslinie bei den politischen Stellen, um dafür Sorge zu tragen, dass es für Eltern im Fall der Erkrankung ihrer Kinder eine Unterstützung von öffentlicher Hand braucht.“

„Kranke Kinder sollen Eltern nicht in prekäre finanzielle Situationen bringen. Deshalb gibt es bei KiB auch die Möglichkeit individueller finanzieller Lösungen, wenn Eltern sich den Mitgliedsbeitrag mal nicht leisten können“, erklärt Metz.

Hilfe für das kranke Kind

www.kib.or.at

Rund-um-die-Uhr-Hotline:
0664/620 3040
verein@kib.or.at

Therapeutische Wohnplätze

Der steirische Landtag hat einstimmig einen Antrag der KPÖ angenommen, **sozialtherapeutische Wohnplätze für psychisch erkrankte Kinder**

und Jugendliche zu schaffen. Dabei geht es um außerstationäre Wohneinheiten, bei denen die Steiermark mit derzeit nur 12 Plätzen Schlusslicht in Österreich ist.

Kommentar LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ im Landtag

Wo Landespolitiker kürzen



Am 15. Dezember hat der steirische Landtag ein neues Budget beschlossen. Dabei wurden wieder viele Kürzungen verordnet. Diese Kürzungen treffen vor allem Menschen, für die auch 20 Euro viel Geld sind – wie diejenigen, die bisher eine Weihnachtsbeihilfe in dieser Höhe bezogen haben. Sie wurde stillschweigend abgeschafft.

Verordnet werden diese Kürzungen von Politikerinnen und Politikern, für die 20 Euro nicht viel Geld sind. Sie müssen nicht sparen, sie bekommen jedes Jahr automatisch mehr bezahlt. Zur Erinnerung: Die Einkommen der Bürgermeister wurden in der Steiermark erst 2014 zwischen 11,7 und 53,8 Prozent angehoben. Bei manchen macht das über 1000 Euro mehr aus – im Monat.

Die KPÖ hat deshalb ihre Forderung, die Politeinkommen um rund 30 Prozent zu kürzen, im Landtag erneuert. Selten gibt

es im Landhaus so viel Einigkeit: SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne stimmten dagegen, sie wollten nicht einmal darüber diskutieren. Ein Abgeordneter der FPÖ nannte den Antrag „populistisch“, das würde „nichts bringen“. Ich habe nachgerechnet: Was dadurch in einem einzigen Jahr gespart würde, damit könnte das Land 20 Jahre lang die Weihnachtsbeihilfe auszahlen.

Politikerinnen und Politiker sind durch ihre hohen Bezüge von der Realität der Bevölkerung weit entfernt. Sie können die Folgen ihrer Entscheidungen für alle, die mit einem durchschnittlichen Einkommen das Auslangen finden müssen, oft nicht abschätzen. Deshalb soll es bei den Bezügen ein nachvollziehbares Verhältnis zu einem durchschnittlichen Arbeitseinkommen geben.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

kulturnavi.at abgeschaltet

Die steirische Kultur Service GmbH (KSG) stellte mit Jahresende 2015 den Betrieb ein. Am 15. Dezember wurde auch das von ihr betriebene Kunst- und Kulturnavigationssystem www.kulturnavi.at abgeschaltet. Diese Webseite zeigte auf einer übersichtlichen Karte, wo in den steirischen Regionen Kulturangebote existieren und machte dadurch deutlich, was in der öffentlichen Wahrnehmung

oft untergeht: dass Kultur auch am Land ihren Platz hat. Oft werden solche Angebote unter schwierigen Bedingungen und hohem persönlichen Einsatz aufrechterhalten. Sie konnten im Kulturnavi wie in einem virtuellen Reiseführer entdeckt werden. Die KPÖ forderte, die Seite kulturnavi.at von der Kulturabteilung des Landes weiterführen zu lassen. Landesrat Buchmann lehnte das im Landtag ab.

Leben mit Demenz-Erkrankten

Neues Online-Portal bringt Entlastung

Das Internet-Portal „stundenweisebetreut.at“ bringt selbstständige Pfleger/Betreuer und pflegende Angehörige zusammen. Ins Leben gerufen wurde es auf Initiative von Mag. Claudia Knopper, deren Vater selbst an Alzheimer erkrankt ist, und Inna Vartschenko.

Es war ein Schock für die ganze Familie, als der Vater von Claudia Knopper die Diagnose „Alzheimer“ bekam. „Meine Mutter und ich, wir fühlten uns völlig alleingelassen mit der neuen Situation“, erinnert sich Knopper.

Selbsthilfegruppe

Bei der Suche nach Unterstützung bei der Pflege ihres Vaters lernte sie Inna Vartschenko kennen, die half, den Krankheitsverlauf ihres Vaters mit Gedächtnistraining hinauszuzögern. Gemeinsam riefen die

Frauen 2013 die Selbsthilfegruppe „Salz“ ins Leben. Nach dem Motto „Angehörige helfen Angehörigen“ treffen sich seither die Teilnehmer regelmäßig in der Grazer Plüddemanngasse zum Informations- und Erfahrungsaustausch.

Die Pflege von Demenzerkrankten ist in vielerlei Hinsicht eine große Herausforderung. Bei den Treffen der Selbsthilfegruppe wurde immer wieder auf einen Umstand aufmerksam gemacht: Es gibt kaum Angebote für stundenweise Betreuung. Also kam



Claudia Knopper und Inna Vartschenko haben die Plattform „stundenweisebetreut“ ins Leben gerufen.

den beiden Frauen eine Idee: Sie gründeten die Online-Plattform „stundenweisebetreut.at“.

Hier finden sich pflegende Angehörige, die stundenweise

Betreuung für Demenzerkrankte suchen, und jene, die sie anbieten. Letztere tragen ihr Profil mit Bild und Angebot nach Registrierung und Zahlung eines kleinen Unkostenbeitrags auf der Plattform ein. Die Betreiberinnen überprüfen die Angaben und das Angebot geht online. „Von professioneller Pflege über gemeinsames „Mensch-ärger-Dich-nicht“-Spielen, Spazierengehen bis hin zum Musikhören oder Durchblättern von Fotoalben, werden dann zwischen Betreuungspersonen und Angehörigen Art und Umfang der Betreuung vereinbart“, so Knopper.

„Gerade in der Anfangsphase der Krankheit braucht es nicht immer eine professionelle Betreuung zur stundenweisen Entlastung der pflegenden Angehörigen“, erklärt Knopper: „Wichtig ist aber, dass man bereit ist, sich auf Menschen mit Demenz einzulassen und ihnen respektvoll und einfühlsam zu begegnen.“

Das Portal www.stundenweisebetreut.at bietet auch Infos zu Selbstständigkeit, Anforderungen an Personenbetreuer sowie News über demenzielle Erkrankungen. Nähere Infos siehe

www.stundenweisebetreut.at

Satire von Günter Eichberger

KLEINE FISCHE

sagt der letzte Mohikaner. Aber ohne E-Herd kann man nur Sushi aus dem Fisch machen, sagt die E-Wirtschaft.

Und was ist mit den Bäumen am Murufer, die gefällt werden sollen? Fragen Vögel und Naturschützer im Chor. Kleine Fische, sagt die E-Wirtschaft. Peanuts, sagen die Banken. Soll Graz jahrelang zur Baustelle werden, fragt bang das Volk. Soll das neue Gesicht der Mur zur Fratze werden? Laut einer aktuellen Studie ist die Staustufe Puntigam nicht nur unökologisch, sondern auch unwirtschaftlich. Wird es zu Aufständen kommen? Aber keine Angst, Graz ist nicht Stuttgart, der energische Wille der Wirtschaft wird geschehen, da die Energie Steiermark so genau weiß, dass die Mehrheit der Bevölkerung hinter diesem Projekt steht, dass sie erst gar keine Volksbefragung

machen muss. Denn schließlich stehen die Großparteien dahinter, und damit ist in der repräsentativen Demokratie das letzte Machtwort gesprochen. Wahlen sind ein lästiger Luxus, von dem der nominelle Souverän immer weniger Gebrauch macht.

Dem Volk kann man immer noch Spiele bieten, damit es nicht murr.

„Erlebar“ soll der Fluss werden, von Mur-Cafés aus. Fließen wird er nicht mehr, aber lustige Erlebnis-Inseln haben. Sogar ein Wasserkino mit Großleinwand war angedacht. Damit der mündige Bürger Naturfilme sehen kann, wenn es keine Auen mehr gibt. Aber glauben Sie mir: 1128 waren die Verhältnisse auch nicht besser. Und es gab nicht einmal Strom.

Günter Eichberger lebt als freier Schriftsteller in Graz.



Graz wurde erstmals 1128 urkundlich erwähnt. Aber nun ist Graz schon so betagt, wie alt wird wohl erst die Mur sein? Zweifellos älter als ihr Name. Aber ist, seit der Mensch den Lauf der Flüsse bestimmt, die Mur noch die Mur? Ist sie nicht längst eine große Staustufe? Und kommt es da auf die letzte Fließstrecke zwischen Bruck und Spielfeld noch an?

Fragen Sie den Huchen! Und sagen Sie nicht: Ihre Fragen sind für die Fische! Sagen Sie nicht: Ströme brauchen wir nur für den Strom. Erst wenn der letzte Huchen verendet ist, werdet ihr erkennen, dass man Strom nicht essen kann,

Spiel, das nur Unglück bringt

SPIELSUCHT ZERSTÖRT MENSCHEN UND FAMILIEN

Frau B. lebt seit 1990 in Graz. Bevor ihre Familie mit dem Glücksspiel in Berührung gekommen ist, war sie erfolgreiche Unternehmerin. Durch die Spielautomaten ist ihre Familie zerbrochen. Das Grazer Stadtblatt hat sie gebeten, ihre Geschichte zu erzählen.

„Nicht nur unsere wirtschaftliche Grundlage, auch unsere Ehe ist kaputtgegangen“, erinnert sich Frau B. „Zusammen mit meinem Mann habe ich mehrere Lokale geführt. Wir haben sehr gut verdient, jeden Tag mindestens 500 Euro eingenommen. Trotzdem ist nie etwas übergeblieben, da mein Mann alles verspielt hat.“

Ihr Mann ist in die Spielsucht gerutscht, weil er Freunde vom Spielen abhalten wollte. „So ist er damals in Kontakt mit den Automaten gekommen. Irgendwann hat er dann aber selber gespielt. Das habe ich lange nicht bemerkt“, betont Frau B. „Als das Geld verspielt war, hat er sogar einen Kredit aufgenommen und das Geld natürlich ebenfalls in die Automaten geworfen.“ Schließlich hat die Familie alles verloren. 2003 musste sie die Lokale verkaufen, 20 Angestellte haben ihren Arbeitsplatz verloren. „Mein Mann wollte den Schaden wieder gutmachen, aber das Vertrauen war weg“, erzählt sie. „Auch die Ehe ist in die Brüche gegangen.“

Schwerer Schlag

„Als mein älterer Sohn 25 war, begann auch er zu spielen. Zuletzt hat er 2.000 Euro verspielt, insgesamt aber schon 150.000 Euro. Das war ein schwerer Schlag“, schildert Frau B. „Wenn er nicht spielt, ist er ein hilfsbereiter, guter Mensch.



Die Protestaktionen der KPÖ haben dazu geführt, dass das Thema Spielsucht zumindest beachtet wird.

Das Glücksspiel ruiniert aber auch schon seine Familie, seine Ehe ist am Zerbrechen.“ Im Moment kann er seiner Sucht widerstehen, aber Frau B. hat große Angst, dass er wieder anfängt. Er versucht, den Lokalen auszuweichen, doch schon oft ist er wieder dort gelandet. „Alle Therapien haben nichts gebracht. Inzwischen ist er so verschuldet, dass er kaum noch einen Ausweg sieht. Er hat zwei Jobs, arbeitet Tag und Nacht. Trotzdem reicht es nicht“, sorgt sich Frau B. „Meine Schwiegertochter und meine Enkelkinder leiden. Ich habe Angst um ihn, er ist so verzweifelt.“

Steiermark: 36.000 Euro in der Stunde

In der Steiermark können seit heuer legal 36.000 Euro in einer

Stunde (!) an Automaten verspielt werden. SPÖ, ÖVP und FPÖ haben im Sommer 2014 das liberalste Glücksspielgesetz Österreichs beschlossen. Im Gegenzug wurde zumindest ein Ausbau der Therapieangebote versprochen. Investitionen in das Beratungs- und Hilfsangebot wurden in Aussicht gestellt. Tatsächlich wurde das Beratungsangebot aber gekürzt.

Die Hoffnungen, dass in der Steiermark ein paar Monate lang nicht gespielt werden darf, haben sich zerschlagen. Zwei Firmen, die einen Rechtsstreit geführt haben, haben ihre Beschwerden zurückgezogen und damit ermöglicht, dass seit 1.1.2016 das Glücksspiel in der Steiermark mit neuen Automaten weitergeht. Dann sind Einsätze von 10 Euro legal – aus Sicht von Claudia Klimt-Weithaler,

KPÖ-Landtagsabgeordnete, eine Katastrophe!

Die KPÖ tritt für einen Ausstieg der Steiermark aus dem Automaten Glücksspiel nach Wiener Vorbild und eine Aufklärungskampagne für Jugendliche an steirischen Schulen ein. Dringend geboten sind eine Verschärfung der Regeln für sogenannte „Live“- oder Sportwetten und eine Werbeverbot für Glücksspiele.

**GRAZER
Stadtblatt**

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. KPÖ Gemeinderatsklub Graz, Rathaus. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316/71 24 79; Fax 0316/71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008
Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein **Regionalmedium** und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark.



Gefährliches Spiel mit dem Krieg

Österreich hat der EU militärischen Beistand zugesichert. Eine Hercules-Maschine des Bundesheeres soll Lufttransporte der französischen Armee in Afrika unterstützen.



Foto: capl@washjeff.edu, CC BY-SA 3.0

Das NATO-Land Frankreich hat nach den Terroranschlägen von Paris die EU-Beistandsverpflichtung aktiviert. Das bedeutet konkrete Schritte in Richtung EU-Armee und einer weiteren Militarisierung der EU. Mit der Neutralität ist das nicht vereinbar. Aber die Regierung verschweigt uns das.

„Die Waffen nieder!“ Mit diesem Satz der Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner hat die KPÖ rund um den Jahreswechsel zu einer aktiven Friedenspolitik aufgerufen. Das ist mehr als notwendig. Die Terrorgefahr in Europa führt nämlich zu verstärkter Aufrüstung der EU und das bedeutet akute Gefahren für die Neutralität.

Nach den blutigen Terroranschlägen von Paris hat die französische Regierung den Ausnahmezustand im eigenen Land ausgerufen und die Beistandsverpflichtung nach den Artikeln 24 und 42 des EU-Vertrages von Lissabon aktiviert.

EU-Vertrag gegen Neutralität

Die Öffentlichkeit war überrascht. Die EU ist in den Augen der Menschen ja kein Militär-

bündnis wie die NATO, sondern eine Wirtschaftsgemeinschaft. Der Vertrag von Lissabon sollte – wie die Meinungsmacher lautstark behaupteten – mehr Demokratie bringen. Und jetzt das.

Natürlich wussten alle Kenner des EU-Vertrages seit seinem Abschluss, dass die neu eingeführte militärische Beistandsverpflichtung einer der wesentlichsten Einschnitte auf dem Weg der Eliten zur Supermacht Europa war. Nur den Menschen wollte man das nicht sagen. Man hat ihnen Sand in die Augen gestreut.

Dabei haben die KPÖ und EU-kritische Kräfte rechtzeitig gewarnt: In einer Stellungnahme in den Medien nach dem Inkrafttreten des Vertrages am 1. Dezember 2009 erklärte die Solidarwerkstatt:

„Der EU-Reformvertrag bringt eine **Verpflichtung zur dauerhaf-**

ten Aufrüstung für alle EU-Mitgliedstaaten. Diese Aufrüstungspflicht wird durch ein eigenes Rüstungsamt überwacht und vorangetrieben (Art. 42, VEU), auch ein eigenes EU-Rüstungsbudget wird durch diesen Vertrag begründet.

Weltweite EU-Einsätze

Der EU-Reformvertrag ermächtigt – unter dem Deckmantel des sog. „Antiterrorkampfes“ – den EU-Rat zu **weltweiten Militärinterventionen**, auch ohne ein UNO-Mandat (Art. 43, VEU)

Der EU-Reformvertrag steht im **diametralen Gegensatz zur österreichischen Neutralität**. Er beinhaltet eine militärische Beistandsverpflichtung, die schärfer als die der NATO ist (Art. 42, VEU). Darüber hinaus sieht dieser EU-Vertrag schon eine Beistandsverpflichtung bei sog. „terroristischen Gefahren“, die auch für „präventive“ Angriffskriege instrumentalisiert werden kann (Art. 24, VEU):“

Genau das ist jetzt eingetreten. Österreich hat im Rat der EU-Verteidigungsminister am 17. November 2015 militärischen Beistand zugesichert und will Frankreich bei

seinem militärischen Engagement in Afrika entlasten. Der Ministerrat hat am 21. Dezember beschlossen, Lufttransporte der französischen Armee durch eine Hercules-Maschine des Bundesheeres zu unterstützen.

Die entsprechenden Bestimmungen im EU-Lissabon-Vertrag stehen in völligem Widerspruch zum geltenden österreichischen Verfassungsrecht. Ob dabei ein Mandat des UN-Sicherheitsrats vorliegt oder nicht, ist rechtlich im Zusammenhang mit der Neutralität irrelevant.

Aktive Neutralitätspolitik

Die Solidarwerkstatt: „Wir fordern von Regierung und Nationalrat die Aufkündigung jeglicher militärischer Beistandsverpflichtung in der EU und eine aktive Neutralitätspolitik, die sich für eine Überwindung von Krieg, Terror und Gewalt stark macht und sich den EU-Großmächten nicht unterordnet.“

Unterstützen Sie diese Forderung auf:
<http://www.solidarwerkstatt.at/Forum/KeineEUBeistandsverpflichtung.php>

BAB: Bürgernahes Bauamt

Die Bau- und Anlagenbehörde veranstaltet monatlich wechselnd Infoabende in den Grazer Stadtbezirken. Ein Team

aus Fachleuten, bestehend aus Juristen und Baureferenten, ist mit der zuständigen Stadträtin Elke Kahr durch Graz unterwegs. „Wir gehen in die Bezirke, um den Bewohnern zu zeigen, wofür die Bau- und Anlagenbehörde zuständig ist und entsprechende Fragen zu beantworten“, sagt Elke Kahr. Die Veranstaltungen geben grundlegende Informationen zu Bauvorhaben aller Art.



Monat für Monat steht das mobile Team der Bau- und Anlagenbehörde in einem anderen Stadtbezirk für Fragen zur Verfügung.

BAUAMT VOR ORT

Mi., 27. Jänner, 18 Uhr
WETZELSDORF

Lindenwirt, Peter Rosegger

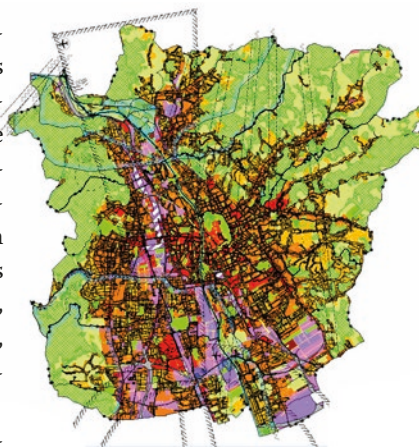
Straße 125, 8052 Graz

Alle Bewohnerinnen und Bewohner sind herzlich eingeladen!

Grazer Flächenwidmungsplan neu: Letzte Einwendungen im Frühjahr möglich

2013 wurde das Stadtentwicklungskonzept beschlossen, das die strategischen Pläne der Stadtentwicklung festlegt. Es ist die Grundlage für den Flächenwidmungsplan. Darin wird exakt festgelegt, was – wie – wo passieren darf. Die Flächen werden z. B. als reines Wohngebiet, Kerngebiet, Gewerbegebiet usw. ausgewiesen, mit den entsprechenden Bebauungsdichten.

Im April 2015 wurde der Flächenwidmungsplan der Stadt Graz zur Diskussion freigegeben. Dabei wurden über 1.500 Einwendungen von Bürgern, Initiativen,



Investoren etc. eingebracht, die nun bearbeitet werden. Nach der Einarbeitung dieser Einwendungen kommt es zu einer Neuauflage des

gesamten Flächenwidmungsplans über acht Wochen, beginnend voraussichtlich mit Ende März. Hier können erneut Einwendungen gemacht werden und zwar direkt an das Stadtplanungsamt, Europa-platz 20, 6. Stock, 8020 Graz.

Für Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung: **Manfred Eber (Planungssprecher der KPÖ-Graz), Volkshaus, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Tel. 0316 71 24 79 manfred.eber@kpoe-graz.at oder KPÖ Gemeinderatsklub, Tel. 0316/872-2153**

TTIP stoppen!

Die großen Konzerne operieren global und wollen dafür optimale Bedingungen. Das politische Establishment setzt alles daran, diese zu schaffen. TTIP und andere Verträge wie CETA, TiSA und TPP sollen schon bald in Kraft treten – „Freihandelsabkommen“ werden sie genannt, sind aber Knebelungsverträge. Unter strenger Geheimhaltung wird von den Eliten ausgeschnapst, was alle Menschen betrifft. Soziale Standards, die Grundversorgung mit Dienstleistungen, öffentliches Eigentum, Umweltauflagen, Verbraucher- und Datenschutz, ökonomische Entwicklung und demokratische Kontrolle sind in Gefahr.

Die Preise steigen, während Löhne und Gehälter stagnieren und die Pensionen sinken. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Selbst wer Arbeit hat, lebt immer öfter an oder unter der Armutsgrenze. Derweil steigen die Profite der Superreichen ins Unermessliche. Statt ihnen beste Bedingungen zur Ausbeutung von Mensch und Natur zu verschaffen, sollte man sie zur Kassa bitte.



Es muss nicht immer Pizza sein!



Rezept von Ulrike Pendl

LACHSTATAR

Zutaten:

200 g frischer Lachs
Saft von ½ Zitrone
1 EL geriebene Zitronenschale
1 TL Kren (Glas oder Tube)
Salz, Pfeffer
80 g geräucherter Lachs
1 EL Creme fraiche

Für den Dip:

200 g Creme fraiche
1-2 EL Zitronensaft
1-2 TL Kren

Zubereitung:

Frischen Lachs kalt abspülen und trockentupfen, fein hacken und in eine Schüssel geben. Zitronensaft – und Schale, sowie Kren dazugeben, mit etwas Salz und Pfeffer würzen. Die Schüssel mit einer Folie abdecken und mind. 4 Stunden in den Kühlschrank geben. Danach den geräucherten Lachs fein hacken und zusammen mit der Creme fraiche unter den marinierten Lachs heben. Mit Salz und Pfeffer abschmecken und für eine weitere Stunde in den Kühlschrank stellen.

Serviervorschlag:

Große Nocken ausstechen und auf einer dekorativen Platte platzieren. 1-2 EL Dip darübergeben und mit Kaviar und Dill verzieren. Mit frischem Baguette servieren!



Hohe Kosten bei Anmietung

Wohnungssuchende stöhnen



Die Unterschriftenkampagne der KPÖ stößt auf breiten Widerhall. Viele Menschen sehen es nicht ein, dass sie bei Anmietung einer Wohnung zwei Monatsmieten Provision zahlen müssen. Elke Kahr: „Die Zustimmung zu unserer Kampagne ist groß. Wir haben schon deutlich über 4.000 Unterschriften dafür gesammelt“, sagt Kahr. Die Makler haben bereits reagiert – mit einer Plakat- und Inseratenkampagne zur Image-Politur.

Auch in einer Wochenzeitung reagierte Gerald Gollenz von der Wirtschaftskammer ziemlich grantig. Die Forderung der KPÖ sei „kurzsichtig, denn nur beim Makler ist der Mieter sicher“, behauptete er,

Wussten Sie, dass die FPÖ 2011 mit einer Petition beim Bund erreichen wollte, dass die Maklergebühren wieder von zwei auf drei Monatsmieten erhöht werden?

denn nur der Makler sei „verpflichtet, die Mieter über eine Vielzahl an Regeln und Gesetzen aufzuklären“.

Tatsächlich ist es eher Ausnahme als Regel, dass Makler die Mieterinnen und Mieter rechtlich beraten. Sichere Informationen bekommt man bei der WOIST, der AK, dem Mieterschutzverband oder beim Mieternotruf der KPÖ.

„Wir lassen jedenfalls nicht locker“, betont Kahr. Die Unterschriftensammlung geht weiter.



Bitte unterstützen Sie unsere Aktion!

Parlamentarische Bürgerinitiative an den Österreichischen Nationalrat

Weg mit der Maklerprovision für Mieter!

Seit 1. Juni 2015 muss in Deutschland der Vermieter die Provision zahlen. Auch in anderen europäischen Ländern wie Großbritannien, Holland, Belgien, Norwegen, Irland oder der Schweiz muss der Mieter keine Provision zahlen. Der Wegfall der Maklerprovision für den Mieter verringert die Einstiegskosten für Wohnungssuchende.

Deshalb fordert die KPÖ den Bundesgesetzgeber auf, zu beschließen:

- Für die Kosten der Maklerprovision muss ausschließlich der Vermieter aufkommen.
- Die Maklerprovision pro vermittelter Wohnung darf 500 Euro nicht überschreiten.

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift



KPÖ

Eine Initiative der KPÖ Graz Elke Kahr

Unterschriften bitte an KPÖ Graz, Volkshaus, Lagergasse 98a, 8020 Graz senden.
 Informationen und Bestellungen: Tel. 0316 / 71 24 79
 Fax: 0316 / 71 62 91 • E-Mail: bl-graz@kpoe-graz.at • www.kpoe-graz.at



Morosoff Kosaken



Traditionelle Lieder und Tänze - vom verschneiten Sibirien bis zu den unendlichen Steppen der Don Kosaken!

Sonntag 20.3.2016, 17 Uhr

Volkshaus Graz

Lagergasse 98a, 8020 Graz

Info: 0650/4231788

€ 16 Abendkassa/€ 14 Vorverkauf

Freitag 5.2.2016, 20 Uhr Jubiläumskonzert in der „Brücke“, Grabenstraße 39



**Christian Masser
& special friends**
Karten & Info: 0316/672 248

Der Grazer Sänger und Gitarrist Christian Masser begeht den Vorabend seines 50. Geburtstags mit einem Konzert in der Brücke und hat zu diesem Anlass zahlreiche musikalische Weggenossen und Freunde eingeladen: Neben Kurt Bauer (Geige) und Gerhard & Fabian Steinrück (Kontrabass bzw. Schlagzeug) werden auch Ausnahmesängerin Irina Karamarkovic und (Blues-) Bruder Robert Masser zum Gelingen dieses musikalischen Fests beitragen.

CD: „Spielfeld – Music for Refugees“

- 1 Dota Kehr - Grenzen
 - 2 Ali Asaad - Hey Syria
 - 3 Erwin R. - A Mensch is a Mensch
 - 4 Resistors - Boom lo pisé
 - 5 Sandy Lopicic - Balkan man
Powderkeg Mix feat. Winston Churchill
 - 6 Irina Karamarkovic/Christian Masser/Kurt Bauer - Mr. Hitler
written by Leadbelly
 - 7 Klay - Forget the world
 - 8 Spring and the ...
- Benefiz-CD für Flüchtlinge**
- 11 Bridge Project - Mea culpa
 - 12 King Fou - Samsa
 - 13 Rosetti Sisters - Uncertain
 - 14 Susana Sawoff - Oh Anthony
 - 15 Mas'ta & Juan Carlos Sungurlian - Ime 駱A Dhervis 孩i
 - 16 Ilmala - Straßenskizze für einen Psalm
 - 17 Herodin - Auße
 - 18 Sosamma - In my life
written by Lennon/McCartney
 - 19 Hans Söllner - Sturm

Zahlreiche Grazer Musiker sowie einige internationale Musik-Acts haben sich zusammengefunden, um musikalische Beiträge für eine Benefiz-CD beizusteuern, deren Verkaufserlös vollständig der NGO „Border Crossing Spielfeld“ zugute kommt. Die CD ist auch im KPÖ-Büro, Lagergasse 98a, 8020 Graz um 14 € erhältlich. Spielfeld - Music for Refugees

WINTERWOCHE in St. Radegund

- Vollpension
- Betreuung durch ein qualifiziertes Team
- Hin- und Rückreise (Graz - St. Radegund - Graz)
- Gondelfahrt auf den Schöckel

Preis: ab € 158,-*
abzgl. Landeszuschuss
* bei Kombiangebot

13. bis 19. Februar 2016
Kinderlandvilla
St. Radegund

Auskunft und Anmeldung:

 Mehlsplatz 2, 8010 Graz
 Tel.: 0316 / 82 90 70
 Fax: 0316 / 82 90 70 2
 office@kinderland-steiermark.at
 www.kinderland-steiermark.at

OSTERWOCHE in St. Radegund

- Vollpension
- Betreuung durch ein qualifiziertes Team
- Hin- und Rückreise (Graz - St. Radegund - Graz)
- Gondelfahrt auf den Schöckel

Preis: ab € 158,-*
abzgl. Landeszuschuss
* bei Kombiangebot

19. bis 25. März 2016
Kinderlandvilla
St. Radegund

Auskunft und Anmeldung:

 Mehlsplatz 2, 8010 Graz
 Tel.: 0316 / 82 90 70
 Fax: 0316 / 82 90 70 2
 office@kinderland-steiermark.at
 www.kinderland-steiermark.at

Volkshaus Graz zu mieten

Der leistbare Veranstaltungsort für alle
Lagergasse 98a, 8020 Graz



für Kleinkunst, Theater,
Tanzaufführungen,
Lesungen, Seminare uvm.
Großer Saal, 280 m²
Kleiner Saal 60 m²

Anfragen:

kurt.bauer@volkshaus-graz.at
Tel. 0664 / 21 31 431



www.volkshaus-graz.at



Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, Graz, Tel. 0316 / 68 42 12 <http://www.landestierschutzverein.at>



Sue Ellen: im April 2006 geborene Dalmatinermischlingshündin. Aktive und anhängliche Hündin, die sich nichts mehr wünscht als in der Nähe ihrer Menschen zu sein. Sie ist gerne draußen unterwegs, ist gelehrig und geht gerne gassi.



Jimmy: ca. 10-jähriger Mischlingsrüde, der ein warmes Körbchen für seinen Lebensabend sucht. Sehr verschmuster und menschenbezogener Rüde, der noch gerne Gassi geht. Muss er seinen Lebensabend im Tierheim verbringen?



Santa Fee: im April 2015 geborene, aktive und lebensfrohe Mischlingshündin. Freundlich, sehr verschmust und mit anderen Hunden verträglich. Sie sucht eine aktive Familie die mit ihr die Welt entdeckt!



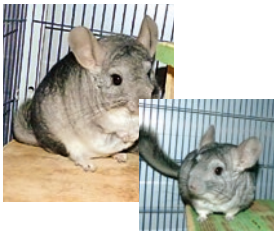
Caro: hübsche, weibliche Schildpattkatze die bisher allein durchs Leben gehen musste. Sie war eine Streuerkatze die vor kurzem eingefangen und kastriert wurde. Wer will sie zu sich nehmen, obwohl sie noch keine Schmusekatze ist?



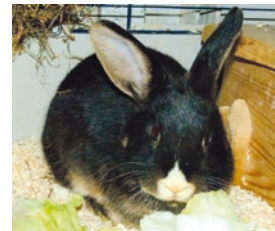
Olaf: kastriert. Streuerkater, der bisher von einem Tierfreund versorgt wurde. Da er jedoch nicht länger in seinem Revier bleiben kann, wurde er eingefangen und kastriert. Wer schenkt ihm einen Platz mit Freigang?



Elsa: ist eine bereits alte, kastrierte Findlingskatze, die nicht vermisst wurde. Sie ist etwas zurückhaltend, was sich aber in ihrem privaten Heim legen wird. Will ihr jemand einen schönen Seniorensitz schenken?



Chini und Chilla: zwei weibliche Chinchillas die im Tierheim gelandet sind. Sie fressen aber bereits brav aus der Hand. Sie suchen einen Nagerfreund der ihren höheren Haltungsanforderungen gewachsen ist.



Vera: ist ein ca. 5 Monate altes, weibliches Junghäschen, dass sein Zuhause aufgrund eines Umzuges verloren hat. Sie sucht ein schönes Heim mit mindestens einem anderen Artgenossen. Holt sie jemand hier raus?

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECH- STUNDEN

MO. bis DO. von
10 bis 12 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz
E-Mail: [zentralverband@
kpoe-steiermark.at](mailto:zentralverband@kpoe-steiermark.at)

☎ 0316/ 71 24 80

Voranmeldung erbeten.

Rat und Hilfe

für ältere Menschen bei Anträgen um Pflegegeld, Pension. Ausfüllen von Formularen. Erklärung zur Arbeitnehmerveranlagung (=Jahresausgleich). Geselligkeit. Ausflüge, Reisen, Turnen.

Jeden Donnerstag
gemütlicher Nachmittag
im
VOLKSHAUS Graz

UMFRAGE: SAGEN SIE IHRE MEINUNG...

Soll Österreich in den Krieg ziehen?

Österreich hat sich zur immerwährenden Neutralität verpflichtet. Trotzdem sollen österreichische Soldaten im Rahmen der sog. „EU-Beistandsverpflichtung“ Krieg führen. Halten Sie das für richtig?

- Ja, denn die Solidarität der EU sind wichtiger als die Neutralität Österreichs.
- Nein, Österreich soll zu seiner Neutralität stehen und sich für Frieden und Gewaltfreiheit einsetzen.

Gedanken und Anregungen:

Ich möchte kostenlos und unverbindlich Informationen der KPÖ Graz erhalten.

Name:

Adresse:

... und gewinnen Sie kleine
Buch- und Sachpreise



An das

GRAZER
Stadtblatt

Elke Kahr
Volkshaus, Lagergasse 98a
8020 Graz

Fax: 0316 / 71 62 91

E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Kleinanzeigen

Opel Insignia in sehr gutem Zustand, schwarzer Kombi, Baujahr 2010, 91 000 km, neue Michelin Sommerreifen, Serviceheft, Preis: 8.500,- Kontakt unter 0650 38 72 798

Gleichgesinnte gesucht: Für Aufbau eines Hauses Typ „Jugendherberge“, „Veranstaltungsort“ möglichst nah an Graz. Gesellschaftspolitisch engagierte, kulturell versierte Menschen, die sowohl ihre Expertise, als auch Geld in gemeinsame Projekte investieren: „Act local, think global“ lautet das Motto, um Wohnraum und Arbeitsplätze vor Ort mit internationaler Ausrichtung (EU-Projekte) gemeinsam aufzubauen. Vorschlag erster Treffpunkt: Fr, 22.1.16, ab 18h30 „World Cafe“, Dreihackengasse 32. Kontakt: olive_verte2006@yahoo.de Mag. Olivera Stevanović, (0)676/744 50 77 • <http://ironladies2.wordpress.com/> • www.multiculturaltravel.wordpress.com

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316 / 71 62 91. E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Lernt Unfälle vermeiden!

Radfahrer und Radfahrerinnen! Haltet Abstand! Wieviel? 1,70 m (Autotür plus die halbe Lenkstange). Autofahrer und Autofahrerinnen! Öffnet die Autotür mit der rechten Hand, wie euch das in der Fahrschule seinerzeit gesagt wurde! Habt ihr es vergessen?

Wenn ihr mit der rechten Hand die Tür aufmacht, dreht Ihr Euch automatisch nach hinten und seht, ob ein Radfahrer daherkommt.

Mir ist es ein Anliegen, solche Unfälle, bei denen ein Radfahrer gegen eine offene Autotür stößt, zu vermeiden.

Ich wurde Opfer eines solchen Unfalls, bei dem ich mir einen Schlüsselbeinbruch zuzog. Das ist ja noch relativ harmlos ausgegangen.

Herbert Fuchs, Graz

Holzbänke statt kalte Hintern

Beim Aufräumen ist mir gerade der Standard vom 11. November 2015 mit der Notiz KPÖ kämpft gegen „kalte Hintern am Wartebankerl“ untergekommen.

Dass die KPÖ sich seit Jahren dafür einsetzt, dass die Metallbänke mit Holz verkleidet werden, finde ich absolut sinnvoll, da ich

mich auch immer wieder ärgere, wenn ich mich im Winter unnötigerweise auf eine bitterkalte Bank setzen muss – oder eben wegen der Kälte nicht hinsetze! Außerdem ist es einfach viel angenehmer, auf Holz und nicht auf Metall zu sitzen.

Andreas Maislinger



Der SC Extraherb WS bietet offene Vereinsabende für Schachinteressierte: jeden Sonntag ab 15 Uhr, Kinderfreundeheim Wetzelsdorf. Anfänger und Quereinsteiger: Nach Bedarf, Anmeldung unter 0699 100 435 28.



Sie sind über 50 und wohnen im Stadtteil Triester? Sie wollen etwas tun, um den Stadtteil lebenswerter zu machen?

9. Februar 2016
23. Februar 2016
jeweils 14–17 Uhr

Stadtteilzentrum
Triesterstraße 66

Dann sind Sie beim 50+ Treff genau richtig.

In einer gemütlichen Runde reden wir, schmieden Pläne und beantworten ihren Fragen.

Mit Barbara Predin, Stadtteilzentrum, Triester Straße 66, barbara.predin@stadtteilzentrum.at, 0316/2 7 3112 Ulla Sladek Frauengesundheitszentrum, Joanneumring 3, 0650 /98 21 867

Gesunde Nachbarschaft - In Gemeinschaft älter werden ist ein gemeinsames Projekt von Stadtteilzentrum und des Frauengesundheitszentrum.

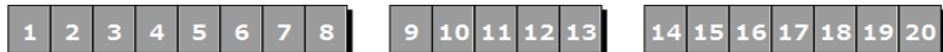
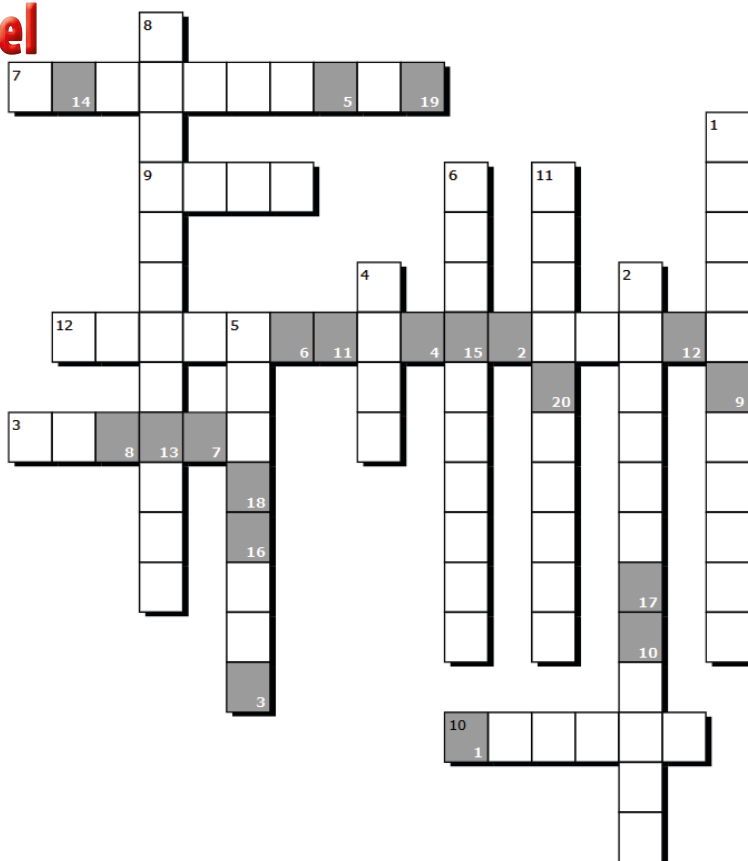
AMSEL

AMSEL-Arbeitslosen-TREFF
Pizzeria Contra Punto
 Kosakengasse 9, 8020 Graz. InfoTel: 0699 81 537 867.
NÄCHSTEN TREFFtermin:
 jeden 2. Donnerstag (werktags) im Monat (28.1./11.2./25.2.2016)
 von 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr. www.amsel-org.info

AMSEL-Hotline für arbeitslose Menschen in Bedrängnis:
0681/102 703 42

GRAZER Stadtblatt-Schwedenrätsel

1. Nach Jahren hat Bürgermeister Nagl die Argumente der KPÖ eingesehen. Durch den Beschluss des Stadtbudgets kostet sie jetzt nur mehr 228 Euro. (S. 2-3) J
2. Es wäre ein ökologisches und ökonomisches Desaster, wenn es gebaut würde (S. 3)
3. Damit man weiß, was mit den Polit-Bezügen passiert, werden sie jährlich von der KPÖ offengelegt. (S. 4)
4. Wer dieses Amt bekleidet, hat für sein Leben gesorgt (S. 5)
5. Grazer Kult-Fahradmarke (S. 8)
6. Bei Steuerreform und Pflegegeld zahlen sie wieder drauf. (S. 9)
7. Für Menschen, die vor Krieg und Terror fliehen, wird sie gefordert, für die Arbeitslosigkeit jedoch nicht. (S. 10)
8. Sie zerstört Familien (S. 17)
9. In der Verfassung ist sie festgeschrieben, wird von der EU jedoch immer weiter ausgehöhlt. (S. 18)
10. Lebensmittel- und Umweltstandards, Arbeitnehmerrechte, Datenschutz und Gesundheitsstandards stehen auf dem Spiel, wenn dieses „Freihandelsabkommen“ unterzeichnet wird. (S. 19)
11. Bis zu zwei Monatsmieten kassieren sie von den Mietern. Ihre Provisionen sollten aber die Vermieter bezahlen müssen, fordert die KPÖ. (Seite 20)
12. Die Winterwoche in St. Rade Gund findet von 13. bis 19 Feber statt. Veranstaltet wird sie wie immer von...? (S. 21)
13. Am 30. Jänner findet sie wieder statt. (S. 24)



Die Lektüre des Grazer Stadtblattes ist bei der Beantwortung hilfreich! Senden Sie die Lösung an: stadtblatt@kpoe-graz.at Post: Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

KPO



Volkshaus Redoute

Der Ball für alle
im Volkshaus Graz

Sa. 30. Jänner 2016

20:00 Uhr 19:00 Einlass

Musik: KANAL 4

Eröffnung:

TANGO Performance
von und mit Iliyan Donchev

Eintritt: frei

Der Erlös des Balles kommt
dem **HAUS ELISABETH** zugute

Anfragen wegen
Restplätzen: 0316 / 71 24 79

Ballsaison im Volkshaus Graz



 **kinderland**
Graz ladet ein zum

**Kinder-
maskenball**



Samstag, 6. Februar 2016

Im Volkshaus
Lagergasse 98a

Beginn: 15 Uhr
Eintritt/Person: € 3.-
VVK: € 2.50

Es erwartet euch tolle Musik,
Spiel und Spass
Wir freuen uns auf euren Besuch